Klaſſenkampf

Organ der Kommuniſtiſchen Partei Deutſchlands für Halle-Merſeburg

Erſcheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 21,50 Mk. Durch die Poſt monatl. 21,50 Mk. ohne Zuſtellungsgebühr. Verlag u. Geſchäftsſtelle: Lerchenfeldſtr. 14 Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 160 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 500 Pf. für Reklame, anſchließend an den dreigeſpaltenen Textſeitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Poſtſcheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 1 Mark | Dienstag, den 16. Mai 1922 | 2. Jahrgang. Nr. 113

Tagung des Zentral-Ausſchuſſes der KPD.

Am Sonntagvormittag um 10½ Uhr eröffnete Genoſſe Pieck die Tagung des Zentralausſchuſſes der Partei. Die Tagesordnung lautet:

1. Die internationale Einheitsfront.
2. Politiſcher Bericht der Zentrale.
3. Die organiſatoriſchen Aufgaben der Partei.

Der erſte und der zweite Punkt der Tagesordnung werden in Referat und Diskuſſion miteinander verbunden. Es liegen zu den verſchiedenen Punkten der Tagesordnung Reſolutionen der Zentrale vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Zentralausſchuß das Andenken des Genoſſen Kingiſepp, des Führers der eſtniſchen Kommuniſten, der durch die Weiße Klaſſenjuſtiz ermordet wurde. Genoſſe Pieck wies darauf hin, daß die deutſchen Kommuniſten, deren größten Führer ebenfalls ermordet wurden, die Pflicht haben, den Juſtizmord der eſtniſchen Regierung an Kingiſepp **vor der geſamten internationalen Arbeiterſchaft zu brandmarken.**

Einſtimmig nahm der Zentralausſchuß, der ſich während der Rede des Genoſſen Pieck zur Ehrung des ermordeten Genoſſen Kingiſepp von den Plätzen erhoben hat, folgende Reſolution zur Ermordung Kingiſepps zur Auslieferungsſchmach und zur Amneſtiefrage an:

Der Zentralausſchuß der KPD. proteſtiert aufs ſchärfſte gegen den von der eſtniſchen Regierung verübten Juſtizmord an dem kommuniſtiſchen Führer der eſtniſchen Arbeiterſchaft Kingiſepp. An dieſem Mord ſind mitſchuldig die ſozialpatriotiſchen Parteien aller Länder, die eine verlogene Hetze gegen die Kommuniſten betreiben und die die reaktionären Mörder und Attentäter in Schutz nehmen und ihre Beſtrafung verhindern.

Der Zentralausſchuß erhebt energiſchen Proteſt gegen die Auslieferung revolutionärer Kämpfer Spaniens und Italiens durch die rechtsſozialiſtiſchen Miniſter Severing und Radbruch. Die rechtsſozialiſtiſche Koalitionsregierung Deutſchlands iſt beſchmutzt durch die Schmach fortgeſetzter Mißachtung des Aſylrechtes. Die gleiche Regierung ſchützt dagegen nach wie vor alle konterrevolutionären und monarchiſtiſchen Verſchwörer des Auslandes.

Der Zentralausſchuß der KPD. fordert aufs neue ſofortige Entlaſſung aller gefangenen revolutionären Arbeiter, die noch immer in den Zuchthäuſern und Gefängniſſen ſchmachten. Das Verſprechen des rechtsſozialiſtiſchen Juſtizminiſters Radbruch auf Erlaß eines unumgänglichen Amneſtiegeſetzes iſt bis heute trotz der Forderung von Millionen von Arbeitern unerfüllt geblieben.

Der Zentralausſchuß fordert die geſamte Arbeiterſchaft Deutſchlands auf, ihrem Proteſt gegen den Juſtizmord an dem Genoſſen Kingiſepp in öffentlichen Kundgebungen Ausdruck zu geben und alle Kräfte anzuſpannen, um der Auslieferungsſchmach ein Ende zu machen und den letzten revolutionären Arbeiter aus dem Kerker herauszuholen.

Das Referat zum erſten und zweiten Punkt der Tagesordnung erſtattete

Genoſſe Ernſt Meyer:

Die geſamte Partei ſchaut mit gewiſſem berechtigten Stolz auf die Erfolge, die ſie in der letzten Zeit errungen hat. **Dieſe Erfolge ſind der Beweis dafür, in wie ſtarker Weiſe in breiten Arbeitermaſſen die Einſicht wächſt, daß die Methoden und die Taktik der Kommuniſtiſchen Partei richtiger ſind, als die Methoden und die Taktik der anderen Arbeiterparteien.** Die Erfolge unſerer Partei ſind auch ferner der Ausdruck, der **Steigerung von Not und Elend** innerhalb der Arbeiterſchaft in den letzten Monaten. Ebenſo hat ſich die Taktik bewährt, die ſich auf die Erkenntnis dieſer Situation aufbaute:

die Taktik der Einheitsfront.

Schon der 3. Kongreß bereitete dieſe Taktik vor. Die Sitzung der erweiterten Sitzung, die im Februar in Moskau ſtattfand, konnte ſich dann ſchon auf die praktiſchen Erfahrungen der deutſchen Partei in der Einheitsfront-Taktik ſtützen. Dieſe Taktik führte international ſodann zur Teilnahme an der Berliner Konferenz. Wir haben nun zu prüfen, ob die Bedingungen, die die Vertreter der Kommuniſtiſchen Internationale auf der Berliner Konferenz angenommen haben, der Sachlage angemeſſen waren oder ob ſie — wie Lenin ausſprach — einen zu teuren Preis darſtellen.

Die 2. und 2½. Internationale haben allerdings nichts getan, um die gemeinſamen Beſchlüſſe der Berliner Konferenz durchzuführen. Sie haben ſich dagegen bemüht, die Zugeſtändniſſe, die die 3. Internationale gemacht hat, noch zu erweitern. Aber gerade weil ſie die ruſſiſchen Konterrevolutionäre unterſtützen, weil ſie ſich durch ihre Forderung, die Sozialrevolutionäre verteidigen zu dürfen vor der geſamten internationalen Arbeiterklaſſe als Helfershelfer der Konterevolution entpuppen, haben ſie unſere Haltung vor den Arbeitern gerechtfertigt.

Auch ſonſt zeigt ſich, daß wir die Beſchlüſſe der Berliner Konferenz nicht zu teuer bezahlt haben. Das Verhalten der SPD. und der übrigen Parteien der 2. Internationale läßt die Arbeiterſchaft erkennen,

wie ſehr die 2. Internationale das Zuſtandekommen der Einheitsfront fürchtet.

Was iſt für uns der Arbeiter-Weltkongreß?

Dort ſoll zum erſtenmal ein einheitlicher Plan zum Kampf der geſamten internationalen Arbeiterklaſſe gegen das Bürgertum aufgeſtellt werden. Nicht wegen neuer Reſolutionen, nicht um die Möglichkeit zu haben, ſchöne Reden zu halten, ſoll dieſer Kongreß einberufen werden, ſondern er ſoll den Kampfboden vorbereiten, auf dem ſich das Proletariat finden kann. Er ſoll tatſächlich der Anfang der internationalen Einheitsfront ſein.

der Arbeiter-Weltkongreß ſoll eine Zuſammenfaſſung der internationalen proletariſchen Kräfte zum Kampf gegen alle Bedrohungen ſein.

Wir betrachten

die Arbeiterkomitees

als ein Mittel, das geeignet iſt, die Kraft des Proletariats in ſeinem Feldzug für Einheitsfront und Arbeiter-Weltkongreß zu ſteigern. Natürlich darf man das nicht ſchematiſch auffaſſen. Wo beſtehende Organiſationen ſich bereits für die Forderung des Proletariats für Einheitsfront und Weltkongreß einſetzen, dort braucht man keine Arbeiterkomitees. Nur wo das nicht geſchieht, müßten beſondere Komitees aus Arbeitern aller drei Parteien und aus Parteiloſen geſchaffen werden, vielleicht auch Komitees, in denen die wichtigſten Betriebe vertreten ſind. Es gab ſchon früher ſolche Komitees, die zur Erledigung beſtimmter Fragen gebildet wurden.

Die SPD. wehrt ſich gegen die Einheitsfront, weil ſie fürchtet, daß ſie die Koalition mit dem Bürgertum im Verfolg dieſer Taktik aufgeben muß, um die Koalition mit der Arbeiterſchaft zu beginnen. **Es iſt dahre unſere Aufgabe, die ſabotierende SPD. in ſchärfſter Weiſe zu kritiſieren** und dadurch zu verſuchen, ſie vorwärts zu treiben. Etwas anderes muß unſere Haltung der USPD. gegenüber ſein, deren einzelne Organiſationen ſich verſchiedenartig benehmen. **Es gilt, den Widerſtand der USPD.-Mitglieder gegen die Verſchmelzung mit der SPD., die von dem Hilferdingflügel propagiert wird, zu verſtärken.** Wir dürfen aber nicht unſer eigenes Geſicht verhüllen; wir haben am 20. April und am 1. Mai an manchen Orten zu viel Zugeſtändniſſe gemacht (Redner führt Beiſpiel aus Magdeburg, Kaſſel und Oſtpreußen an). Unſere Einheitsfronttaktik darf nicht ſo betrieben werden, daß der Eindruck erweckt wird, unſere Partei ſtrebe nach organiſatoriſcher Verſchmelzung mit den anderen Parteien.

Die Konferenz von Genua

hat deutlich gezeigt, wie tief die Gegenſätze zwiſchen den kapitaliſtiſchen Staaten ſind und wie groß die Kriegsgefahr iſt. Wenn die Sowjetdelegation in Genua eine führende Stellung einnahm, ſo war das die Folge davon, daß ſie ein neues weltgeſchichtliches Prinzip vertrat, das des Kollektivismus gegenüber dem Prinzip des Privateigentums. Dieſe Machtſtellung Sowjet-Rußlands zeigte ſich auch durch den Abſchluß des **deutſch-ruſſiſchen Vertrages.** Gegen dieſen Vertrag hat u. a. auch Paul Levi Einwendungen erhoben, weil der Abſchluß des Vertrages den Ring um Deutſchland wieder geſchloſſen habe. Levi iſt damit auf die Seite der rechten USPD. gerückt, die zuſammen mit der SPD. gegen den Vertrag Sturm läuft, weil ſie nur eine Politik für möglich hält, die im Schlepptau der Entente betrieben wird. Man wird nach dem Schluß der Konferenz von Genua den Feldzug gegen den Vertrag beginnen, der ſchon angekündigt iſt. Wir müſſen demgegenüber darauf hinweiſen, daß der Vertrag Vorteile bietet, die aber nicht von einer Koalitionsregierung, ſondern nur von einer Arbeiterregierung für das Proletariat wirklich nutzbar gemacht werden können.

Die Kämpfe, die die deutſche Arbeiterſchaft in den letzten Monaten geführt hat, haben überhaupt gezeigt, wie notwendig

die Erringung der Arbeiterregierung

für das deutſche Proletariat iſt. Es hat ſich gezeigt, daß die SPD. in der Koalition immer die Politik des Bürgertums deckt.

Es iſt klar, daß die jetzige Regierung auch nicht imſtande iſt, der Reaktion entgegenzutreten, die jetzt wieder in beſonders frecher Weiſe ihr Haupt erhebt. **Die Regimentstagungen, der Hindenburgrummel in Oſtpreußen, die geplanten großen Demonſtrationen am Jahrestag des Abſchluſſes des Verſailler Friedens, all das zeigt, daß die Reaktion zu einem Vorſtoß ausholt.** Die Arbeiterſchaft iſt verpflichtet, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die neue Welle monarchiſtiſcher Kundgebungen muß ausgelöſcht werden durch eine Welle proletariſcher Gegenkundgebungen.

Die Politik in den Bundesſtaaten

In den einzelnen Bundesſtaaten iſt unſere Partei noch vor beſondere Aufgaben geſtellt worden In Sachſen iſt die Politik der Regierung von Monat zu Monat reaktionärer geworden, ſo daß wir eine Unterſtützung dieſer Politik nicht mehr verantworten können. Unſere ſächſiſchen Genoſſen haben die Regierung noch einmal gehalten, haben aber eine Aenderung ihres Kurſes verlangt. Wird ihrem Verlangen jetzt nicht nachgekommen, ſo muß die Regierung zu Fall gebracht werden. Wir fürchten Neuwahlen in Sachſen nicht. Wir wünſchten, daß auch die beiden anderen Arbeiterparteien einen Wahlkampf unter der Parole „Verbreiterung der ſozialiſtiſchen Regierung“ und „Kampf gegen das Bürgertum“ führten, dann könnte ſich vielleicht die Frage ergeben, ob wir in die ſächſiſche Regierung Vertreter entſenden.

Daſſelbe, was für Sachſen zutrifft, gilt auch für die anderen Länder mit ſozialiſtiſcher Mehrheit. Das Beſtreben unſerer Genoſſen muß dahingehen, daß dieſe Länder einen ſozialiſtiſchen Block bilden, der ſich gegen den reaktionären Kurs der Reichsregierung wendet

Die Situation iſt für unſere Partei außerordentlich günſtig. Die inneren Streitigkeiten des vergangenen Jahres ſind vollkommen überwunden. Von außen her ſtrömt uns **die Sympathie breiter Arbeitermaſſen** entgegen, die früher dem Kommunismus feindlich gegenüberſtanden. In dieſer Situation vermiſſen wir es aber, daß die Partei die politiſchen Erfolge in organiſatoriſche Erfolge umzumünzen verſieht. Unſere vornehmſte Aufgabe, die jetzt mehr als je im Vordergrund ſteht, **iſt daher die Feſtigung und die Stärkung unſerer Organiſation. (Beifall.)**

Die Gewerkſchaftsfrage.

Nach dem Referat des Genoſſen Meyer ergriff Genoſſe **Heckert** das Wort, um die Reſolution zur Gewerkſchaftsfrage kurz zu begründen. Er führte aus, daß noch immer unſere Gewerkſchaftstaktik auf gewiſſe Schwierigkeiten ſtößt.

Unſere Erfolge könnten viel größer ſein, wenn **die Genoſſen in den Bezirken beſſer arbeiten würden.** Gewerkſchaftsarbeit iſt Kleinarbeit und Mitarbeit in den Gewerkſchaften. Ueberall zeigt ſich noch, wie mangelhaft unſere Fraktionen funktionieren. Wir haben bei den Metallarbeiterwahlen gute Erfolge erzielt, weil gute Arbeit geleiſtet wurde. In anderen Verbänden aber, z. B. beim Textilarbeiterverband, geſchieht gar nichts, ſodaß es dann kein Wunder iſt, wenn in Bezirken, in denen die Textilinduſtrie vorherrſcht, die Partei ſchwach iſt.

Genoſſe Heckert begründet dann die Aufgaben, die in der Reſolution aufgeſtellt werden. Die Verbreitung des **„Kommuniſtiſchen Gewerkſchafter“** muß mehr als bisher betrieben werden. Unſere ganze gewerkſchaftliche Literatur verſtaubt in den Winkeln, anſtatt unter die Maſſen gebracht zu werden. Die Propaganda unter den Arbeitern läßt vollſtändig zu wünſchen übrig. Auch die Arbeit unter den Jugendlichen in den Gewerkſchaften wird vollſtändig vernachläſſigt.

Trotzdem ſind **unſere Ausſichten in den Gewerkſchaften gut.** Wir werden große Erfolge haben, **wenn unſere Genoſſen** die kleinen Aemter übernehmen werden, die bis jetzt in den Händen von SPD.- und USPD.-Funktionären ſich befinden und die tatſächlich die Stärke dieſer beiden Parteien bilden.

Genoſſe Heckert ſchildert dann die Gefahren, die den Gewerkſchaften durch

die Spaltungstaktik der Verbandsbureaukratie

drohen. Der Landarbeiterverband iſt durch verbrecheriſche Maßnahmen der Bureaukratie von 750 000 auf 200 000 Mitglieder geſunken. Die Kommuniſten müſſen dafür ſorgen, daß die Hunderttauſende, die von der Bureaukratie aus dem Verband getrieben worden ſind, nicht der Reaktion zum Opfer fallen. Im Eiſenbahnerverband und im Bauarbeiterverband bemühen ſich die Vorſtände mit allen Mitteln die Spaltung herbeizuführen um ſich der kommuniſtiſchen Oppoſition zu entledigen. Die Gefahren einer ſolchen Spaltung ſind ſehr große und unſere Genoſſen müſſen deshalb in ihrer Taktik beweglicher werden als bisher. Es gilt feſt in den Gewerkſchaften zu wurzeln, aber einen Apparat zu ſchaffen, der ſich jeder Situation anpaſſen kann. Unſere bisherige Gewerkſchaftstaktik muß daher fortgeſetzt werden.

Der Vertreter der KPF., Gen. Verfeuil,

der von unſerer franzöſiſchen Bruderpartei zum Zentralausſchuß delegiert wurde, begrüßte in einer Anſprache den Zentralausſchuß.

Die Wiederaufnahme von Eichhorn und Berthele,

Genoſſe Remmele teilt mit, daß die Zentrale ſich in der letzten Zeit mit dem Antrag der Reichstagsabgeordneten Eichhorn und Berthele auf Wiederaufnahme in die kommuniſtiſche Reichstagsfraktion zu beſchäftigen hatte. Eichhorn und Berthele, die der Fraktion der KAG. angehört haben, die aber niemals aus der KPD. ausgeſchieden oder ausgeſchloſſen worden ſind, erklären, daß ſie **feſt zur Partei ſtehen.** Der Zentralausſchuß ſoll über dieſe Frage entſcheiden. Die Zentrale ſei der Meinung, daß man, da die Gefahren der KAG.-Periode vollkommen überwunden ſind, ohne Bedenken Eichhorn und Berthele wieder aufnehmen kann. Um ſo mehr, als eine Mandatsniederlegung dieſer Genoſſen nur den Unabhängigen zwei weitere Reichstagsmandate verſchaffen würde.

Die Debatte über das politiſche Referat.

Weber (Pfalz): Wir dürfen nicht dazu kommen, daß wir einem Einheitsbrei verfallen. Man darf nicht ſagen: Einheitsfront um jeden Preis, ſondern man muß ſie abgrenzen, um die kommuniſtiſchen Ziele propagieren zu können. Der Zentralausſchuß muß daher eine klare Weiſung herausgeben, damit die Mitglieder die Einheitsfronttaktik ſo verſtehen, daß die Einheitsfront ein Mittel zum revolutionären Klaſſenkampf ſein ſoll.

Hoffmann (Oſtpreußen): Die Erfahrungen warnen zur größten Vorſicht bei der Gründung von Arbeiterkomitees. Das Schwergewicht unſerer Taktik muß in unſerer konkreten Einwirkung auf die Kämpfe der Arbeiterſchaft und in der Ausarbeitung unſeres Programms liegen, das unſere Tätigkeit in der gegebenen politiſchen Situation in Deutſchland kennzeichnet. Die vorgelegte Reſolution der Zentrale widerſpricht dieſem Erfordernis. Der Redner ſchlägt eine Abänderung der Reſolution vor.

Urbahns (Hamburg): Die Einheitsfront muß erwachſen in den Kämpfen, die das deutſche Proletariat führt. — Die Arbeit unſerer Genoſſen im ſächſiſchen Parlament war ſo, daß man beinahe von einem Skandal reden kann. Wenn die ſächſiſchen Genoſſen uns nicht mehr Gewähr dafür bieten, daß ſie kommuniſtiſche Arbeit leiſten, ſo werden wir uns hüten müſſen, ihnen einen Freibrief zum Eintritt in die ſächſiſche Regierung zu geben. — Wir werden nur dann in der Einheitsfront die Führer ſein, wenn wir die praktiſchen Aufgaben löſen, die der Kampf der Maſſen uns ſtellt. Die Reſolution der Zentrale kann in der vorliegenden Form nicht angenommen werden.

Gyptner (Jugendzentrale) ſpricht über die Arbeit unter den Jugendlichen und verteidigt die Kommuniſtiſche Jugend gegen die Vorwürfe, die der Genoſſe Heckert erhoben hatte.

(Schluß der Vormittagsſitzung.)

Eine Proteſtnote Tſchitſcherins

Genua, 15. Mai. Tſchitſcherin richtete eine ſcharfe Note an Schanzer, in der er gegen den Verſuch, Rußland aus der Kommiſſion auszuſchließen, proteſtiert.

In der Note heißt es:

„Der Möglichkeit beraubt, offizielle Mitteilungen über die Arbeiten der Unterkommiſſion und beſonders über die Beſchlüſſe, von denen weiter oben die Rede war, zu erlangen, ſieht ſich die ruſſiſche Abordnung angeſichts des Ernſtes dieſer Beſchlüſſe verpflichtet, deren völlig unannehmbaren Charakter für Rußland zu unterſtreichen. Vor allem drückt die ruſſiſche Abordnung ihre Ueberraſchung darüber aus, daß ſie nicht eingeladen wurde, ihren Standpunkt über den Vorſchlag zu erſtatten, der in ihrer Antwort auf das Memorandum vom 2. Mai enthalten iſt.

Was den Inhalt der Beſchlüſſe ſelbſt angeht, die man ſoeben zu ſchaffen im Begriffe ſteht, ſo muß die ruſſiſche Abordnung feſtſtellen, daß dieſe Beſchlüſſe, ſtatt ein Abkommen zwiſchen den Mächten und Rußland zu erleichtern, wieder dazu führen würden, die durch die Konferenz von Genua eingeleiteten Beziehungen zwiſchen den Mächten und Rußland auf ein Nichts herabzumindern und das frühere Vorgehen zur Löſung des ruſſiſchen Problems wiederherzuſtellen, ein Vorgehen, das ſich bereits nicht nur als fruchtlos, ſondern ſogar als ſchädlich erwieſen hat. Der Ausſchluß Rußlands von den Arbeiten der Kommiſſion würde ihr jeden objektiven Charakter und jede moraliſche Autorität nicht allein in den Augen des ruſſiſchen Volkes, ſondern auch in der ganzen unparteiſchen öffentlichen Meinung nehmen.

Als zweiten Beſchluß werden die Mächte verpflichtet, keine Abmachungen mit Rußland zu treffen, ſolange die Arbeiten der Kommiſſion andauern werden — und dies Verbot bezieht ſich nur auf politiſche Abmachungen. Das iſt nichts weiter, als eine neue, verhüllte Blockade, gerichtet gegen die Intereſſen des ruſſiſchen Volkes, das in dieſem Beſchluß nur einen erneuten Akt der Feindſeligkeit gegen ſeinen politiſchen Beſtand und gegen ſein Lebensintereſſe erblicken muß. Ein derartiger Beſchluß ſtände allerdings in auffallendem Widerſpruch zu einem andern Vorſchlag, von dem in den oben genannten Mitteilungen die Rede iſt. Nach dieſem Beſchluß wollen die Mächte, die an der Konferenz teilnehmen, ſich verpflichten, auf jeden feindſeligen Akt untereinander zu verzichten. Dieſe Entſcheidung würde aber eine Erneuerung der Politik der Feindſeligkeiten gegen Rußland bedeuten, die ſchon zwei Jahre vor der Konferenz von Genua aufgegeben worden war.

Die ruſſiſche Abordnung ſtellt erneut mit Bedauern feſt, daß, ſo oft ein Abkommen zwiſchen Rußland und anderen Mächten vor dem Abſchluß ſtand, einzelne dieſer Staaten ihre eigenen Intereſſen über die Europas und des Friedens ſtellten. Sie ſuchen die gemeinſamen Anſtrengungen auf ein Nichts zu reduzieren, um die Beziehungen zwiſchen Rußland und den übrigen Staaten wieder auf den Zuſtand zurückzuführen, auf dem ſie ſich vor der Konferenz von Genua befanden.

Aus einem Gefühl der Hochſchätzung für die Konferenz von Genua und von dem Wunſche geleitet, neue Verzögerungen zu vermeiden, die den Arbeiten der Konferenz durch eine Verlängerung einheitlich geführter Beſprechungen bereitet werden müßten, Beſprechungen, die keinerlei Ausſicht auf Erfolg haben können, erklärt die ruſſiſche Abordnung es als ihre Aufgabe, die ſofortige Einberufung der politiſchen Kommiſſion zu fordern, damit Rußland ſeinen Vorſchlag dort erörtern oder entwickeln kann, der die Schaffung einer gemiſchten Kommiſſion ins Auge faßt. Die Einberufung der Kommiſſion würde allen Mächten die Möglichkeit gewähren, ihre Forderung gegenüber dem ruſſiſchen Vorſchlag zu begründen.“

Fortſetzung im Haag

Die geſtrige Sitzung der politiſchen Kommiſſion brachte, wenn nicht neue, unvorgeſehene Zwiſchenfälle eintreten ſollten, den ſachlichen Abſchluß der Konferenz. Der Beſchluß der ruſſiſchen Delegation vom 11. Mai, der eine Sachverſtändigenkommiſſion vorſchlägt, wird aufgegriffen. Die in Genua verſammelten Mächte, mit Ausnahme von Deutſchland und Rußland ſollen von dem Präſidenten der Konferenz von Genua eingeladen werden, Vertreter zum 15. Juni 1922 nach dem Haag zu ſenden, für einen vorläufigen Austauſch dieſer Anſichten und zur Feſtlegung ihrer Aktionslinie gegenüber den Ruſſen. Eine gleiche Einladung ſoll von dem Präſidenten der Genua-Konferenz an die Vereinigten Staaten gerichtet werden, falls er die Sicherheit darüber empfindet, daß ſie bereit ſind, ſich daran zu beteiligen.

Die bei dem vorläufigen Meinungsaustauſch vertretenen Mächte werden auf Grund dieſer Beratungen mitteilen, ob ſie bereit ſind, an den Verhandlungen, die am 26. Juni beginnen, teilzunehmen. Falls eine der Regierungen nicht bereit iſt, an den Verhandlungen teilzunehmen, iſt das kein Grund für die übrigen Regierungen, nicht im Haag zuſammenzutreten. Falls nicht innerhalb dreier Monate von der Sachverſtändigenkonferenz gemeinſame Beſchlüſſe vorgelegt werden können oder falls nicht gemeinſame Empfehlungen von den betreffenden Regierungen innerhalb eines weiteren Monats erfolgen, ſo wird es jeder Regierung freiſtehen, ſelbſtändige Abmachungen mit der ruſſiſchen Regierung zu treffen. Damit die Arbeiten der Kommiſſionen in Ruhe im Sinne der Wiederherſtellung des gegenſeitigen Vertrauens geführt werden können, ſollen zwiſchen der ruſſiſchen Sowjetregierung und den übrigen teilnehmenden Regierungen Abmachungen getroffen werden, nach denen ſie ſich jeder Angriffshandlungen gegen ihre beiderſeitigen Gebiete enthalten. Ebenſo verpflichten ſich beide Gruppen, ſich jeder heimlichen Propaganda zu enthalten.

Deutſchland iſt von den Verhandlungen im Haag ausgeſchloſſen. Bis zum Abſchluß derſelben iſt es allen beteiligten Mächten unterſagt, mit Rußland Sonderverträge abzuſchließen. **Nach dem 26. September hat jeder Staat die Freiheit, ſeine Beziehungen zu Rußland ſelbſt zu regeln.**

Die Note iſt ein vollſtändiger Sieg Poincarés über Lloyd George. Frankreich hat ſich den Dank der Reaktion der ganzen Welt verdient. Auf ſeine Initiative iſt auch der letzte Hieb zurückzuführen, den man Rußland verſetzen will: In der Verhandlungszeit ſoll es den Ruſſen verboten (!) ſein, irgendwelche Konzeſſionen zu erteilen, es ſei an frühere ausländiſche Beſitzer. Dieſer eklatante Eingriff in die Souveränität Sowjet-Rußlands wird wahrſcheinlich entſprechend zurückgewieſen werden, aber es iſt bezeichnend für den Sieg des franzöſiſchen Standpunktes in der Art der Verhandlungen mit Sowjet-Rußland, der Sowjet-Rußland nicht als gleichwertigen Verhandlungspartner, ſondern als Prügelknaben ſehen will. Ebenſo unannehmbar iſt die Bedingung, bis zum Schluſſe der Beratungen keine Sonderverträge abzuſchließen. Abgeſehen von der rechtlichen Unmöglichkeit dieſer Forderung, greift ſie in die ſich entwickelnden wirtſchaftlichen Beziehungen zwiſchen Rußland und den anderen Staaten ſtörend ein.

Der Ort der parlamentariſchen Diskuſſion über die Unfähigkeit der Bourgeoiſie, die Welt wieder aufzubauen, wurde nach dem Haag verlegt. Das iſt ſo ziemlich das Begräbnisbulletin von Genua.

Der tſchechiſche Metallarbeiterſtreik

Trotz des feierlichen Verſprechens der Gewerkſchaftszentralen wurde der Streik bisher nicht ausgedehnt, was auf eine offenkundige Sabotage der Gewerkſchaftsführer hinweiſt. Die Kommuniſtiſche Parteizentrale wendet ſich in einem Brief an die Gewerkſchaftszentralen, indem ſie für die ſofortige Verſchärfung und Erweiterung des Kampfes eintritt und die Einberufung einer Konferenz ſämtlicher Gewerkſchaftszentralen und politiſchen Arbeiterparteien fordert. Dieſe Konferenz hätte die Taktik des Kampfes zu beſprechen. — Die Sabotage der Gewerkſchaftsbureaukratie tritt mehrfach klar zutage. Ein Antrag auf geſchloſſene Demonſtration aller Prager Arbeiter für die Metallarbeiter wurde von den Gewerkſchaftsbureaukraten hintertrieben. Angeblich ſoll die Gewerkſchaft ſogar hinter dem Rücken der Arbeiter Verhandlungen mit den Unternehmern angebahnt haben.

Heute Unterzeichnung des deutſch-polniſchen Vertrages

Genf, 15. Mai. (WTB.)

Die Unterzeichnung des deutſch-polniſchen Vertrages und damit der Abſchluß der deutſch-polniſchen Verhandlungen in Genf iſt auf heute nachmittag 3 Uhr angeſetzt. Die Sitzung, die öffentlich ſein und im Generalſekretariat des Völkerbundes ſtattfinden wird, wird von dem Präſidenten der Konferenz, Calonder, mit einer längeren Rede eröffnet werden, auf die Reichsminiſter a. D. Dr. Schiffer und der polniſche Bevollmächtigte Miniſter Olſchowſki antworten werden. Nach Beendigung der Reden werden die beiden Bevollmächtigten die Unterzeichnung des maßgebenden franzöſiſchen Textes vornehmen und dann gemeinſam mit dem Präſidenten der Konferenz das Protokoll und den Unterzeichnungsakt unterſchreiben. Die Ratifikation durch die Parlamente ſoll bis zum 27. Mai erfolgen. Der Austauſch der Ratifikationsurkunden wird dann in Oppeln ſtattfinden.

Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre

Der Leitartikel der Moskauer „Prawda“ vom 12. Mai befaßt ſich mit dem bevorſtehenden Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre und mit der Tatſache, daß die 2. Internationale den Sozialrevolutionären, den Feinden der Revolution des Proletariats, Verteidiger ſendet.

„Die 2. Internationale hat uns davon benachrichtigt, daß ſie für 10 Sozialverräter, Lakaien der Bourgeoiſie, in ihrer Eigenſchaft als Verteidiger der ſozialrevolutionären Mörder eine Einreiſebewilligung fordert. Unter dieſen 10 Helden finden wir einen früheren **bürgerlichen Miniſter Frankreichs** und drei „echt ruſſiſche“ Sozialrevolutionäre, die ſelbſt für den Verrat, die Niedertracht ihrer, mit Verlaub geſagt, „Parteigenoſſen verantwortlich ſind. Eine ſo „vollſtändige“ Liſte iſt ſchon an und für ſich eine Unverſchämtheit. Die Einbeziehung der Sozialrevolutionäre, die weder der 2. noch der 2½. Internationale angehören, **die aber Mordbrenner und unmittelbare Helfer der Entente ſind,** kann man nur als eine unerhörte Provokation gegen die Revolution des Proletariats betrachten. Das proletariſche Rußland hat alle ſeine Feinde zurückgeſchlagen. Das proletariſche Rußland iſt aber noch nicht geſichert gegen Attentate aus dem Hinterhalt und Ueberfälle von ſeiten der großen kapitaliſtiſchen Staaten und der kleinen „unabhängigen Filialſtaaten“. Beſonders jetzt, während der Konferenz von Genua machen die franzöſiſchen Wucherer alle Anſtrengungen, um jedes Uebereinkommen zu hintertreiben und gegen das ruſſiſche Volk vorzugehen. Und in einem ſolchen Augenblicke will die 2. Internationale zuſammen mit ihrem charakterloſen Anhängſel, der 2½. Internationale, Mitglieder und „Sympathiſiierende“ entſenden, die ſich eigentlich in nichts von Spionen und Mitgliedern der „Ochrana“ der franzöſiſchen Regierung unterſcheiden. Ein Verräter bleibt ein Verräter und ein Spion iſt ein Spion.

Wenn die 2. Internationale ſolche Leute als ihre „Erwählten“ ſendet, ſo werden wir ſie in entſprechender Weiſe empfangen. Laut dem Berliner Uebereinkommen der drei Internationalen ſind wir verpflichtet, die frei gewählten Verteidiger zur Gerichtsverhandlung zuzulaſſen. Wir werden dieſer Verpflichtung pünktlich nachkommen. Aber außerhalb der Gerichtsverhandlungen müſſen dieſe Herren unter ſolchen Bedingungen in Rußland leben, **daß unſer Land gegen die militäriſche Spionage und die aufhetzende Taktik dieſer Wichte geſchützt iſt,** die die Arbeiterführer ermorden und dabei zu feig ſind, dies einzugeſtehen, die hetzen, lügen, betrügen und ihre eigenen Mitgenoſſen, die ſie auf gefährliche Poſten ſchicken, verraten.

Die Antwort der Sowjet-Regierung war dementſprechend gehalten: Wir laſſen alle als Verteidiger zu, ſelbſt die Sozialrevolutionäre, d. h. direkte Spione der Entente, Verſchwörer, die jetzt auf Koſten der tſchochoſlowakiſchen Regierung in Berlin leben. Wir laſſen alle zu! Vor Gericht könnt Ihr reden, ſoviel Ihr wollt. Dokumente prüfen, Reden halten, lachen, weinen. Aber in unſerem Lande, das die Feſte gegen den Kapitalismus iſt, werden wir den Spionen des Kapitalismus nicht geſtatten, unſere Kräfte auszukundſchaften, ſich Verbindungen zu ſchaffen und Ränke gegen uns zu ſchmieden. Das war unſere Antwort. Dieſe Antwort werden alle klaſſenbewußten Arbeiter, die ein für allemal mit den Dienern der räuberiſchen „Großſtaaten“ und den Mördern des revolutionären Proletariats gebrochen haben, verſtehen.“

Der Bergetat vor dem Landtag

SPD.-Sorge um die Kohlenaktionäre

Der Preußiſche Landtag nahm am Montag ſeine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung ſteht der Etat der Bergverwaltung. Abg. Limbertz (SPD.), der Berichterſtatter des Hauptausſchuſſes, iſt mit dem Ergebnis der ſtaatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen nicht zufrieden. Er empfiehlt dem Landtag, dem Antrag des Ausſchuſſes beizutreten, der die Aenderung der Betriebsformen der ſtaatlichen Bergwerke — kaufmänniſche Leitung ſtatt der bureaukratiſchen — fordert.

Es ſcheint, daß der ſozialdemokratiſche Handelsminiſter Siering ſelbſt von großen Mißſtänden im ſtaatlichen Bergweſen überzeugt iſt. Denn er hatte auffälligerweiſe nicht einmal Zeit, die Stellungnahme der Fraktionen im Plenum abzuwarten. Er hielt vielmehr gleich vorweg eine endlos lange Rede, um einen Teil der Kritik zu entkräften, die er gewiß erwartete. Er führte aus, während die internationale Kohlenförderung im Jahre 1921 gegen 1920 zurückgegangen ſei, wäre ſie in Deutſchland geſtiegen, was er im einzelnen durch ſtatiſtiſches Material belegte. Damit hat der Miniſter das erbärmliche Geſchwätz von der „Kohlennot und Kohlenteuerung infolge Faulheit der Bergarbeiter“ als Schwindel frechſter Art charakteriſiert. Woran es aber liegt, daß trotz ſtändig ſteigender Förderung — wie Siering weiter ausführte — „die Eiſenbahnverſorgung unbefriedigend, die Belieferung der Gasanſtalten unzureichend, der Bedarf der Induſtrie nicht im geringſten gedeckt und der Hausbrand denkbar ſchlecht beliefert ſei“, mußte ihm erſt durch einen Zuruf der Linken beigebracht werden, als er von den Halden ſprach, auf denen noch immer faſt zwei Millionen Tonnen Kohle liegen, die aber jetzt abzunehmen beginnen.

„Nach der Kohlenpreiserhöhung!“

rief man dazwiſchen.

Für die Steigerung der Produktion im Bergbau weiß auch dieſer ſozialdemokratiſche Miniſter kein anderes Rezept, als das abgebrauchte, von den ausgebeuteten Bergleuten längſtens abgelehnte des

Ueberſchichtenverfahrens.

Welches auch von den Miniſtern des Kabinetts Braun ſich vernehmen läßt: immer fühlt man, daß ſie unter dem Kuratel von Stinnes ſtehen.

Oſterroth von der SPD. nannte den Bergetat — wenig ſchmeichelhaft für ſeinen Miniſtergenoſſen —

„eine Illuſtration zum Hexeneinmaleins“.

Er forderte zu ſchärfſtem Vorgehen gegen die bureaukratiſchen Saboteure der Umſtellung im Handelsminiſterium auf. Oſterroth geißelte ſogar die niedrigen Löhne der Bergarbeiter.

Als er dann aber ſich auf das Glatteis begab, über die Höhe der Kohlenſteuer zu wettern, als ihm unverzüglich von links und rechts die Frage zuflog:

„Warum iſt ſie von Ihrer Reichstagsfraktion angenommen worden?“

da ſtockte der Redefluß Oſterroths mit einem Male bedenklich, und er wußte kläglich genug nur noch etwas vom „Handeln unter dem Zwang des Ententediktats“ zu ſtammeln.

Was ſein ſchließlicher Proteſt gegen „das nicht genügende Entgegenkommen der Zechenbeſitzer“ und ihre Provokation der Ruhrbergleute, die zum letzten Streik führte, in Wirklichkeit bedeutet, hatte Oſterroth ſchon vorher bewieſen. Er behauptete — ganz im Sinne der dividendenhungrigen, rückſichtslos nach Kohlenpreiserhöhung ſchreienden, durch Produktionsſabotage Druck ausübenden Bergwerksunternehmer — **„die Unternehmer könnten heute keine Kohlenſchächte mehr abteufen wegen der ungeheuren Koſten“.** Ein kommuniſtiſcher Abgeordneter rief treffend dazwiſchen: **„Aber hohe Dividenden können ſie zahlen!“** Darauf Oſterroth (wörtlich): **„Das iſt auch in hohem Maße nötig,**

denn ſie erhalten ja nur Papierdividenden!“

Ein Abgeordneter der Stinnespartei quittierte dieſe Leiſtung des Sozialdemokraten dankend mit einem lauten und begeiſterten „Sehr richtig!“

Was ſagen die SPD.-Bergleute aber zu ſolchem Verhalten?

Dienstag kleine Vorlagen und Fortſetzung. Zwiſchendurch Antrag der kommuniſtiſchen Fraktion auf Nichtauslieferung der italieniſchen Genoſſen.

Poſtbeamtenelend und Poſtreaktion

Im Reichstag wurde die allgemeine Ausſprache über den

Haushalt des Reichspoſtminiſteriums

fortgeſetzt. Der alte Zubeil (USPD.) wandte ſich gegen die dauernden Portoerhöhungen, bekämpfte die Sparſamkeitstätigkeit der beſonderen Kommiſſionen, die nur Komödien aufführen, und geißelte das Ueberwuchern des Direktorentums innerhalb der Poſtverwaltung. Der deutſchvolkparteiliche Abg. Morath machte Stinnesredenarten über den unkaufmänniſchen Geiſt der Reichspoſt.

Der Reichspoſtminiſter Giesberts betonte die Notwendigkeit der Portoerhöhungen zwecks Balancierung des Etats. Die Ortsverkehrsgebühren ſollen beſtehen bleiben, für Ortsbriefe ſogar auf eine Mark herabgeſetzt, dagegen im Fernverkehr auf 3 Mark erhöht werden. Der Achtſtundentag ſei grundſätzlich beizubehalten, doch müſſe eine effektive achtſtündige Arbeitszeit vorliegen. Die Poſthelferfrage wolle er in geordnete Bahnen bringen, ebenſo die Beförderung der mittleren Beamten von Gruppe VI nach VII. Demnächſt würden 6 bis 7 große Fernſprechämter eröffnet werden, die 6000 bis 7000 Leute brauchen. Bei den verheirateten Beamtinnen könne man nicht wahllos vorgehen. Der Betrieb der Reichspoſt ſei erheblich gewachſen. Seine Geſundung mache erhebliche Fortſchritte.

Genoſſe Heydemann:

Die Poſtverwaltung will das Defizit beheben auf Koſten der Lebenshaltung der ſchaffenden Kräfte, durch ungenügende Löhne und Gehälter und Verlängerung der Arbeitszeit. Sowohl der Miniſter wie die bürgerlichen Redner ſind trotz aller Redensarten zur Aufgabe des Achtſtundentages bereit. Das Poſtproletariat wird ſich jedoch dagegen mit allen Mitteln zur Wehr ſetzen. Das Poſtdefizit wird trotz Gebührenerhöhungen und trotz Maſſenverelendung der Poſtangeſtellten nicht verſchwinden, es ſei denn, daß es zu einer grundſätzlichen Machtverſchiebung in Deutſchland kommt, die Staat und Wirtſchaft aus den Feſſeln des internationalen Kapitals befreit. In der höheren Poſtbureaukratie ſitzen Vertreter der ſchwärzeſten Reaktion, die Saboteure der Republik. Sie betätigen die gemeinſte Geſinnungsſchnüffelei und Schikaniererei alles deſſen, was freiheitlich geſinnt iſt, beſonders aber der Kommuniſten. Die zu hohen Poſtgebühren unterbinden den Verkehr. Wenn es ſo weiter geht, werden wir zu mittelalterlichen Zuſtänden zurückkehren. Die Denkſchrift des Poſtminiſteriums klagt über Abnahme der Arbeitsfreudigkeit und Zuverläſſigkeit der Beamten. Warum führt ſie nicht auch die Maſſenverelendung, den Maſſenhunger der unteren Poſtbeamten an, die die wirklichen Urſachen der Arbeitsfähigkeit bedeuten? Das Beamtenrecht ſteht trotz § 130 der Reichsverfaſſung noch ganz unter dem Geiſt des alten Polizeiſtaates. Das Beamtenrätegeſetz wird ſabotiert. Beſonders von den Parteien, die am lauteſten um die Gunſt der Beamten buhlen. Auch Giesberts verſagt den Beamten das Mitbeſtimmungsrecht. Es liegen uns zahlloſe Beſchwerden über Schikaniererei, Geſinnungsſchnüffelei, Eingriffe der höheren Poſtbureaukratie in die Koalitions- und Verſammlungsfreiheit vor. Schlimmer konnte der ſelige Stumm gegen ſeine Arbeitsſklaven nicht vorgehen. Die Unterrockſchnüffeleipolitik gegen die unehelichen Mütter iſt ein Schandblatt der Reichspoſtverwaltung. Die Poſtverwaltung hat für die verſchiedenen Beamtengruppen einen Ständeurlaub geſchaffen, ähnlich dem früheren Ständewahlrecht. In Wirklichkeit hat der untere Beamte den Urlaub viel nötiger als der höhere. Das iſt die demokratiſche Gleichheit im angeblichen Volksſtaat.

Sozialdemokrat wider die Ruſſenhilfe

In Düſſeldorf wollte unſere Partei, um beſſere Erfolge bei der Sammlung für die Ruſſenhilfe zu erzielen, öffentliche Sammlungen in Häuſern vornehmen. Da ſie früher üble Erfahrungen mit der Polizei gemacht hatten, ſtellte ſie jetzt vorher einen dementſprechenden Antrag an die Polizeiverwaltung. Die Antwort lautet:

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeiſter, Düſſeldorf, den 1. Mai 1922.

Der Herr Regierungspräſident hat mich beauftragt, Sie auf ihren Antrag vom 29. März betreffend Sammlungen für das Hungergebiet in Sowjet-Rußland, ablehnend zu beſcheiden.

J. A.: Oerle, Regierungsrat.

Für alle, die es nicht wiſſen, ſei mitgeteilt, daß der Herr Regierungspräſident eingeſchriebenes Mitglied der ſozialdemokratiſchen Partei iſt und Grützner heißt.

Und dieſe Sorte von Sozialdemokraten wagt es, ſich über die Behandlung ſeiner Geſinnungsgenoſſen, in Rußland zu beſchweren. Die beſte Antwort darauf iſt: Sammelt um ſo mehr, jeder Hammer, jede Zange, jede Schraube wird Sowjet-Rußland befeſtigen, wird dem deutſchen Proletariat die Möglichkeit verſchaffen, ſolchen Sozialdemokraten die richtige Antwort zu geben.

Steigende Milch- und Butterpreiſe

Wegen der in den letzten Tagen eingetretenen ſprunghaften Steigerung für Milchprodukte hat der Reichsernährungsminiſter laut „L.-A.“ die Vertreter der Landwirtſchaft, des Handels und der Preisprüfungsſtellen zum nächſten Freitag zu einer Sitzung geladen, in der die Preisentwicklung erörtert werden ſoll. In Berlin und Hamburg iſt der Butterpreis von Sonnabend bis geſtern (72 bis 74 Mk.) auf 84 bis 86 Mk. geſtiegen.

Elternbeiratswahlen in Hamburg

Wie der „Vorwärts“ aus Hamburg meldet, entfielen bei den Elternbeiratswahlen auf die Liſte Schulfortſchritt, die von der SPD. und USPD. gemeinſam aufgeſtellt war, 1317, während die von den bürgerlichen Parteien aufgeſtellte Liſte 600 Sitze mehr erhielt. Die kommuniſtiſche Liſte erhielt 75 Sitze.

Streik der Bäckergeſellen in Leipzig

Auch in Leipzig ſind geſtern die Bäckergeſellen in den Streik getreten.

Zwei Frauen und ein Kind ertrunken

Mühlheim (Ruhr), 15. Mai. Als geſtern abend gegen 7 Uhr die Ruhrfähre 18 Perſonen überſetzte, verurſachten drei junge Burſchen durch Schaukeln eine Panik. Das Boot ſchlug um. Von den Inſaſſen konnten zwei Frauen und das ſechsjährige Töchterchen einer Frau nicht gerettet werden. Die Täter erreichten ſchwimmend das Ufer; man iſt ihnen auf der Spur.

Zum Verbandstag der Bauarbeiter

Uns geht folgende Zuſchrift über die Vorgänge auf dem Leipziger Bauarbeiterverbandstag zu, die wir ungekürzt veröffentlichen:

Die unliebſamen Vorkommniſſe auf der Leipziger Tagung der Bauarbeiter ſind einzig und allein auf das Verhalten der Verbandsleitung zurückzuführen, die kurzerhand alle Anträge der Oppoſition ablehnte. Die Aufregung unter den Leipziger Bauarbeitern wurde noch geſteigert, indem die Verbandsleitung der Oppoſition nicht einmal das Wort erteilte, die Beſchwerden der Leipziger Bauarbeiter zu begründen. Eine auf Dienstag, den 8. Mai, einberufene Verſammlung der Bauarbeiter Leipzigs, zu der alle Delegierten und auch der Vorſtand eingeladen waren, ſollte noch einmal zu den Vorgängen, die ſich im letzten Jahre ereignet hatten, Stellung nehmen. Der Vorſtand, ſowie die übergroße Mehrzahl der Delegierten hatten es aber vorgezogen, nicht an der Verſammlung teilzunehmen. Von den ausländiſchen Gäſten waren zu dieſer Verſammlung erſchienen: die Engländer, Ruſſen, Tſchecho-Slowaken und die Schweizer. Da die Verbandsleitung es aber vorgezogen hatte, nicht zu der Verſammlung zu erſcheinen, um die Beſchwerden der Leipziger Bauarbeiter anzuhören, beſchloß die Verſammlung am folgenden Tage, Mittwoch, den 10. Mai, eine Demonſtration vor dem „Volkshaus" zu veranſtalten. Die Demonſtration wählte eine Deputation von ſechs Mann, die dem Verbandstag ihre Beſchwerden vorbringen ſollte. Ein Antrag, dieſe Deputation zu empfangen, blieb unbeantwortet, ebenſo wurde dem Genoſſen Böſchen von Päplow das Wort zur Geſchäftsordnung verweigert, dafür aber mit der Polizei gedroht. Polizeilicher Schutz iſt auch angefordert worden. Dieſer iſt aber, da die Leitung der Polizei ein Eingreifen nicht als notwendig erachtete, abgelehnt worden. Da nun inzwiſchen alle Zugänge zum Saal geſchloſſen worden waren und die Demonſtranten immer noch keinen Bericht erhielten, ob ihre Deputation zugelaſſen würde, war die Maſſe ungeduldig geworden, drückte gegen die Türen, dieſe gaben dem Druck nach und im Augenblick waren Saal und Galerie von 3000 Bauarbeitern überfüllt. Mit Mühe gelang es dem Genoſſen Böſchen (Solingen) die aufgeregte Maſſe zu beruhigen. Aber immer wieder erneut ſetzte die Unruhe ein und unter ſtürmiſchen Zurufen wurde verlangt, daß Päplow ſprechen ſolle. Päplow aber zog es vor, ſich in Schweigen zu hüllen.

In dieſer Situation erſchien Fritz Heckert im Saal; von brauſendem Beifall begrüßt, ſtieg er auf die Tribüne. Heckert ließ die Glocke ertönen und im Augenblick herrſchte Totenſtille im Saal. Heckert ergriff das Wort und erklärte, er bedauere, daß die Maſſe in den Saal eingedrungen ſei; es wäre ihm lieber geweſen, wenn ſie außerhalb des Saales geblieben wäre. Aber daran ſei jetzt nichts zu ändern, er fordere alle auf, ſich zu keinerlei Tätlichkeiten hinreißen zu laſſen. Wer das dennoch tue, ſei ein Schuft und beſudle die ganze revolutionäre Bewegung. Hierauf hielt Kollege Heckert eine gründliche Abrechnung mit den verknöcherten Verbandsbureaukraten. Alle Schandtaten, die Vorgänge bei der Auflöſung der Ortsgruppe Chemnitz, bei den Wahlen zum Verbandstag in Berlin und Leipzig, die Schreibweiſe im „Grundſtein", die Stellungnahme Päplows während des Krieges mußten ſie über ſich ergehen laſſen.

Kollege Heckert forderte nun den Kollegen Ellinger auf eine klare Antwort zu geben, ob Ellinger wirklich glaube, was im „Grundſtein" geſchrieben ſtehe, daß die Kommuniſten die von Moskau bezahlten Subjekte ſeien, um auf Befehl Moskaus die Gewerkſchaften zu zerſtören. Ellinger antwortete hierauf, er perſönlich glaube das nicht, aber die Artikel im „Grundſtein" habe er ja gar nicht geſchrieben.

Auch an Hüttmann ſtellte Heckert verſchiedene Anfragen, auf die er klare Antwort verlangte. Auch Hüttmann drückte ſich unter allerlei Ausreden um die klare Beantwortung der Fragen Heckerts herum.

Nun ſtellte Heckert die Bedingungen, unter denen die ausgeſchloſſenen Kollegen und aufgelöſten Sektionen wieder in den Verband aufgenommen werden ſollten. Wir verpflichten uns, die Statuten und Beſchlüſſe des Verbandes anzuerkennen. Wir verlangen aber, daß innerhalb des Verbandes die Demokratie gewahrt bleibt; daß die Minderheit ſich der Mehrheit fügt, daß uns das Recht der freien Meinungsäußerung zugeſtanden wird. Wir verlangen, daß alle Ausgeſchloſſenen mit allen Rechten wieder in den Verband aufgenommen werden. Was nun meine Perſon, Bachmann und Brandler anbelangt, wir wollen kein Hindernis ſein, ſondern verzichten auf Zurücknahme des Ausſchluſſes. Hierauf ſtürmiſche Zurufe: Nein! Es wurde der Antrag geſtellt, daß der Verbandstag ſofort über obengenannte Bedingungen entſcheide. Heckert ſchlägt der Verſammlung vor, in Anbetracht der Erregung, in der ſich auch die Delegierten befinden, ſo daß ein normales Arbeiten heute nicht mehr möglich ſei, die Angelegenheit auf morgen zu vertagen. Heckert fragt nunmehr verſchiedene in der Organiſation an leitender Stelle ſtehende Kollegen, wie Koch (Leipzig), Fröhlich (Köln), Hüttmann (Frankfurt) uſw., ob ſie dafür einſtehen, daß die Delegation der Leipziger Bauarbeiter am folgenden Tage am Verbandstag zugelaſſen wird, was die Genannten auch bejahen.

Der Verbandstag wurde dann am folgenden Tage, Donnerstag, den 11. Mai, von Päplow eröffnet. Es ſei nicht möglich infolge der Vorkommniſſe von geſtern, heute hier zu tagen. Der Vorſtand beantrage deshalb, für heute die Tagung nach Altenburg zu verlegen. Die Delegierten Böſchen (Solingen) und Walter (Halle) ſind ausgeſchloſſen.

In Altenburg hat der Verbandstag es abgelehnt, die Leipziger Delegation zu empfangen, ohne daß die Kollegen, die verſprochen hatten, dafür einzutreten, nur ein Wort dagegen eingewendet hätten. Auf der Tagung am Freitag, dem 12. Mai, die wiederum in Leipzig ſtattfand, wurde vom Vorſtand beantragt, es ſeien Böſchen (Solingen) und Walter (Halle) aus dem Verbande auszuſchließen, weil ſich dieſelben an der Demonſtration beteiligt hätten. Er fordere die beiden auf, das Lokal zu verlaſſen. Als einige Kollegen über dieſen Punkt das Wort zur Geſchäftsordnung verlangten, wurde kurz erklärt: das Wort hierzu wird nicht erteilt. Es iſt nun einmal das Beſtreben der Päplow, Töpfer und Konſorten, jede andere Meinung innerhalb des Verbandes zu unterdrücken und wenn dabei ſelbſt die ganze Organiſation zugrunde gerichtet wird. Unterzeichneter hat alle die Ungeheuerlichkeiten, die Charakterloſigkeit, mit denen die Verbandsbureaukratie entgegen den Intereſſen der Mitglieder arbeitet, geſehen. Nach all den Erlebniſſen in Leipzig bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Anſchuldigungen, die die Kollegen allerorts im Reiche gegen die Verbandsleitung erheben, der vollen Wahrheit entſprechen. Eine Schande für die geſamte deutſche Bauarbeiterſchaft iſt es, daß ein Mitglied des Vorſtandes im Beiſein von Päplow es wagt, **den Vertreter einer ausländiſchen Organiſation, der Tſchecho-Slowakei, einen Schuft zu nennen, nur weil ſich derſelbe erlaubt hatte, in der Verſammlung der Leipziger Bauarbeiter zu ſprechen und dort ſeine Meinung zu vertreten.**

Wegen dieſes Vorfalles haben die Vertreter der Schweiz mit dem Kollegen Käppler, Sekretär der Bauarbeiterinternationale, Rückſprache genommen. Käppler erklärte, das ſei noch zu wenig, man hätte dem ausländiſchen Vertreter noch eins auf den Panzen geben ſollen. Als wir fragten weshalb, erklärte Käppler, der Kollege hätte in der Verſammlung geſprochen und jedenfalls die Demonſtration mit angezettelt. Wer alſo anderer Meinung iſt, als dieſe verrotteten Verbandsbureaukraten, wird als Schuft tituliert. Daß unter dieſen Umſtänden für den Vertreter der Tſchecho-Slowakei ein Verbleiben an dieſer gaſtlichen Stätte nicht ſein konnte, iſt ſelbſtverſtändlich. Da wir, die Vertreter der Schweiz, den Charakter des Kollegen Petenka höher ſchätzten, als die Gaſtfreundſchaft der Päplow und Konſorten, **haben wir es vorgezogen, mit dem Kollegen Petenka dieſe gaſtlich Stätte zu verlaſſen.**

Guſtav Grabs, Zürich, Dienerſtraße 45

Das Ausſterben der Preſſe

Die Antwort der Papier-, Holz- und Zellſtoff-Fabrikanten auf die Regierungskomödie im Reichstage vom 7. April 1922

Die deutſchen Zeitungsverleger tagten am 13. März in Weimar, um zu der andauernden Steigerung des Druckpapieres ſowie der bisherigen Paſſivität der Reichsregierung in dieſer Angelegenheit Stellung zu nehmen. Mit großem Tamtam wurde die Tagung vorbereitet. Aus allen Gauen ſtrömten die Verleger herbei, ſcheuten nicht das ſchwere Fahrgeld, in der guten Meinung, daß dieſe Tagung für ſie ein poſitives Ergebnis bringen würde, daß der weiteren Steigerung ein Ziel geſetzt werden müſſe.

Für jeden kleineren und mittleren Verleger war die Weimarer Tagung eine Enttäuſchung. Nur eine lange, nichtsſagende Reſolution kam zuſtande.

Aber die Komödie ging weiter und erreichte ihren Höhepunkt in der Reichstagsſitzung vom 7. April. Reichstagspräſident „Fachmann" Loebe legte die Not der Preſſe dar. Sein Antrag, der die Reichsregierung erſucht, mit möglichſter Beſchleunigung einen Geſetzentwurf vorzulegen, durch den der Not der Zeitungen auf wirtſchaftlichem Gebiete wirkſam geſteuert wird, wurde angenommen.

Welche Hoffnungen ſtiegen in den Herzen der kleinen Zeitungsverleger nach dieſer „denkwürdigen Reichstagsſitzung" auf? Nun muß es doch wohl mit der Preisſteigerung ein Ende nehmen, wenn die „hohen Herren" — ſogar der Herr Reichstagspräſident „Fachmann" Loebe ſich ſo ins Zeug legt!

Die Regierung ſowie die Herren Papier-, Holz- und Zellſtoff-Fabrikanten ſind aber dieſelben geblieben, die Schieber, die ſie bisher waren. Was iſt ſeit dem Reichstagstheater geſchehen? Iſt den Wünſchen der Verleger auch nur in einem Punkte von ſeiten der Regierung Rechnung getragen worden?

Noch heute verſchiebt die Regierung enorme Mengen an Zeitungsdruckpapier nach dem Ausland, während im Inlande ſelbſt der Bedarf bei weitem nicht gedeckt iſt. Wenn bis heute ſeit den letzten vier Monaten nicht weniger als über 200 deutſche Zeitungen ihr Erſcheinen haben einſtellen müſſen, ſo gebührt der Dank der Regierung, die eine Kautſchukmaſſe in der Hand der Großkapitaliſten darſtellt, die allen Wünſchen jener Geſellſchaft Rechnung trägt und auf die Forderungen der kleinen und mittleren Verleger pfeift. Die Antwort der Regierung vom 7. April auf den Notſchrei der um ihre Exiſtenz kämpfenden Verleger iſt uns bekannt, ihr Reſultat folgendes: Das Zeitungspapier koſtete

im März	d. J.	ein Kilo	8,50	Mk.
„ April	„	„ „	12,80	„
„ Mai	„	„ „	16,—	„

Das iſt die Antwort der Fabrikanten auf den Theaterdonner im Reichstage. Freilich, würde es ſich um eine neue Ausbeutungsſteuer gegenüber der großen Volksmaſſe handeln, dann wäre ein Geſetzentwurf längſt vorgelegt und binnen wenigen Tagen durchgepeitſcht und genehmigt.

Jeder Fachmann weiß, daß eine Erhöhung des Zeitungsdruckpapieres allen übrigen Lieferanten, die im Buchdruckgewerbe in Frage kommen, Waſſer auf die Mühle gibt, daß ſie ſofort neue Aufſchläge auf die Waren vornehmen. Wenn wir nachſtehend nur einige Beiſpiel anführen, vom Friedenspreis an gerechnet bis heute, ſo ſei betont, daß die Steigerungen ganz beſonders in den letzten Monaten in Erſcheinung getreten ſind, alſo ſeit der Zeit, wo die Großkapitaliſten im Zeitungsgewerbe die Diktatoren gegenüber der Regierung ſind. Es koſtete

1 Kilo	Zeitungsdruckpapier	früher	0,21 Mk.,	jetzt über	16,— Mk.
„	beſſeres „	„	0,45	„ „ „	45,— „
„	Zeitungsdruckfarbe	„	0,50	„ „ „	15,— „
„	beſſere Druckfarbe	„	1,50	„ „ „	45,— „
„	Maſchinenöl	„	0,50	„ „ „	45,— „
„	Umſchlagkarton	„	0,35	„ „ „	40,— „
100 „	Pappen	„	16,00	„ „ „	1900,— „

Dieſe Aufſtellung könnte weiter ergänzt werden, jedoch glauben wir, daß die wenigen Beiſpiele allen Leſern einen Einblick in die Lage der Zeitungsverleger gibt. Hinzu kommen die enormen Portoſätze und wie bekannt, iſt in aller Kürze eine weitere Steigerung zu erwarten, die jedenfalls alle Wünſche „wohlwollend" berückſichtigen wird.

Trotzdem ſeit Monaten faſt täglich in allen Zeitungen die Notlage der Preſſe geſchildert wird und das Eingehen von 200 Zeitungen eine deutliche Sprache redet, wird dem Ausſterben der Preſſe von dem größten Teil der Leſer einer Tageszeitung nicht die genügende Beachtung geſchenkt. Durch die noch folgenden Preisſteigerungen ſind weitere Zeitungen zur Einſchränkung ihres Umfanges, wie überhaupt zum Eingehen verurteilt.

Die Arbeiterpreſſe iſt bisher dieſem Schickſal nicht entgangen und die weiteren Folgen ſind für ſie unabſehbar. Jede Tageszeitung beſitzt einen Teil von Leſern, dem es ganz gleichgültig iſt, ob er heute ein Stinnes- oder Arbeiterblatt lieſt, für ihn zählt nur der Preis. Dieſer Tatſache dürfen wir uns nicht verſchließen, ſondern wir müſſen mit allen Mitteln verſuchen, daß dieſe indifferenten Leſer in der Arbeiterklaſſe immer geringer werden. Jeder einzelne, der dies erkannt, ſetze ſeine ganze Kraft ein, belehre denjenigen, der ihm mit einer ſolchen Anſchauung begegnet. Es iſt das Wort geprägt worden: Preſſeniedergang iſt Volksniedergang! Wer will das beſtreiten? Was geſchieht mit der Arbeiterklaſſe, wenn ſie ihrer geiſtigen Waffe verluſtig geht, ihr keine Orientierung auf politiſchem wie wirtſchaftlichem Gebiete mehr möglich iſt?

Vielleicht die nächſten Monate ſchon, die weitere Opfer der Arbeiterpreſſe fordern, werden zeigen, ob die Arbeiter den Ernſt der Lage, in der ſich ihre Preſſe befindet, begriffen haben. Der Kampf um die Erhaltung der Arbeiterpreſſe wird uns der notwendigen Einigung der Arbeiterklaſſe näherbringen, um in gemeinſamer Front mit vereinten Kräften der Bourgeoiſie entgegentreten zu können.

Fritz Kroh.

*

Werter „Klaſſenkampf"-Leſer! Infolge der im Mai wieder zu verzeichnenden Preiserhöhungen für die Druckmaterialien, ſind alle Zeitungsunternehmungen gezwungen, den Abonnementsbetrag für Juni wiederum zu erhöhen, damit die Deckungen der Mehrkoſten möglich ſind. Der „Klaſſenkampf" koſtet ab 1. Juni monatlich frei ins Haus gebracht 25 Mark, einſchließlich des Trägerlohnes. Die Ausſtattung des „Klaſſenkampf", die drei Beilagen, werden beibehalten.

Unſere Poſtbezieher, die durch dieſe Erhöhung wiederum eine Vergünſtigung im Bezugspreiſe erfahren, erinnern wir an die freiwillige „Klaſſenkampf"-Spende. Jeder Leſer denke an die Unterſtützung ſeiner Preſſe. Die Beträge ſind durch Zahlkarte durch die Poſt einzureichen, und zwar auf das Poſtſcheckkonto Leipzig Nr. 1068 48, Fritz Kroh, Halle (Saale). Opfere jeder ein Scherflein!

Verlag Klaſſenkampf, Halle a. d. S.

Aus der Provinz

Ferienheime!

Man ſchreibt uns: Der rührigen Arbeit der Schutzhütten und Ferienheim-Genoſſenſchaft Naturfreunde in Jena gelang es, den erholungsſuchenden Proletariern zwei neue Heime für den Ferienaufenthalt zu beſchaffen. Außer den beiden ſchon mit Erfolg im Betrieb ſtehenden Heimen dem „Stutenhaus" bei Suhl und dem „Siebshaus" bei Kahla, ſtehen als neue Heime der „Auerhahn" bei Ruhla und der „Eiſenhammer" in der Dübener Heide bei Düben zur Verfügung.

Der Auerhahn, der nur als Schutzhütte gedacht iſt, bietet 20 bis 30 Uebernachtungsmöglichkeiten. Im Eiſenhammer, der als Heim ausgebaut wird, iſt in vorerſt 30 Betten die Möglichkeit zum Ferienaufenthalt gegeben. Es können im Heim bis 120 Perſonen Unterkunft finden. Rechnet man, daß das Stutenhaus mit 175 Betten, das Siebhaus mit 75 Schlafſtätten ausgeſtattet ſind, ſo erhält man ein Bild von der Tatarbeit der Genoſſenſchaft. Von Tag zu Tag wird dem Arbeiter die Möglichkeit, ſeine nun endlich geſetzlich gewährleiſteten Ferien abſeits vom Alltage zu verleben, mehr beſchnitten. Zu hohen Fahrkoſten kommen die unverſchämten, wucheriſchen Uebernachtungs- und Verpflegungspreiſe in den kapitaliſtiſchen „Gaſtſtätten". Hier wirkt die Genoſſenſchaft als Gegengewicht und ſchafft billigſte „Heimſtätten" in ſchönſten Gebieten. Schafft dort neben billigen Nachtlagern die Möglichkeit der Selbſtküche. Es iſt ja ſo wichtig für den Proletarier, daß er die karge Zeit, die ihm zum Ausſpannen gegeben iſt, und wirklich losgelöſt wird von allem, was ihm Arbeitsplatz und Kampf ums Daſein Tag für Tag aufdrängen. Er beſonders muß in Luft und Sonne baden, um ſeinen vernachläſſigten Organen Spannkraft zu geben. Der Fabrikraum, der dumpfe Arbeitsſaal, müſſen abgelöſt werden durch Sonnenſtunden in ſchönſter Gegend. Laſt und Drang des Alltags wird er dort am beſten ablegen, wird Aufbauſtoffe ſchaffen, die ſich mit neuen Kräften am Arbeitsplatze und in den Kampfreihen ſeiner Klaſſengenoſſen auswirken müſſen.

Auskunft erteilt jedem gern: Schutzhütten- und Ferienheim-Genoſſenſchaft Naturfreunde, Jena, Th. Heimſtättenſtraße 10. Dortſelbſt werden auch Anmeldungen für Mitgliedſchaft und Ferienaufenthalt erledigt.

Schkeuditz

USP. und Einheitsfront. In einer öffentlichen Volksverſammlung ſprach hier Hüttmann von der USP. über „Genua und die politiſche Lage". Er redete u. a. Der „Einheitsfront" das Wort und meinte (wir zitieren hier die Hall. Volkszeitung), der Bruderkampf müſſe verſchwinden. Das ſagt ausgerechnet eine USP.-Größe hier bei uns, wo die USP.-Preſſe, insbeſondere in Halle, täglich Kübel voll ſtinkender Jauche über die Kommuniſtiſche Partei ergießt. Kein Tag vergeht, ohne daß die USP.-„Schornaliſten" die KPD. nicht in den Dreck zu treten verſuchten. Iſt ihr Bemühen, unſerer Partei dadurch zu ſchaden, auch umſonſt, denn wir ſtehen allzu feſt und täglich gewinnen wir neue Anhänger und Freunde, ſo iſt dieſe ſchmutzige Handlungsweiſe doch recht bezeichnend. Jedenfalls beweiſen dieſe Herrſchaften damit, daß ihr Gerede von der Einheitsfront Heuchelei iſt und daß ſie lediglich damit für ſich Agitation treiben wollen. Im Ernſte wollen ſie mit den Kommuniſten gar keine Einheitsfront. Vielleicht mit den Rechtsſozialiſten, ja; aber mit den Kommuniſten, nein, das wäre wirklich zu viel verlangt. Meinen ſie vielleicht, die Arbeiter merkten ihr unehrliches Getue nicht? dann ſind ſie aber ſtark auf dem Holzwege. Die Arbeiter erkennen immer mehr, daß die USP. unehrlich, ja geradezu verbrecheriſch handelt, wenn ſie auf der einen Seite die Einheitsfront heuchelt, auf der anderen aber täglich Gift und Galle ſpeit gegen die einzige revolutionäre Partei, die KPD. Wir können die Leutchen nicht hindern, wenn ſie ſich immer größeren Schaden zufügen wollen. Uns kann dies nur recht ſein.

Delitzſch

Verſtärkter Flurſchutz für den Delitzſcher Landkreis. Wie wir hören, iſt für den Landkreis ein verſtärkter Flurſchutz zur Unterſtützung der örtlichen Polizeiorgane vorbereitet. Eine Anzahl Angehörige der Sicherheitspolizei, man ſpricht von 50, werden auf die einzelnen Gemeinden verteilt, um die ſich mehrenden Felddiebſtähle, Sachbeſchädigungen uſw. unterbinden zu helfen. Die Koſten werden von der Landwirtſchaft durch eine Umlage auf den Morgen aufgebracht. In einer Anzahl von Gemeinden ſind ſolche Sicherheitsbeamte bereits tätig. Bei den Hungerlöhnen der Landarbeiter iſt es kein Wunder, daß dieſe auf die Felder gehen, um ihre armſelige Koſt durch einige Feldfrüchte aufzubeſſern. Nun will man wahrſcheinlich den Landarbeitern anſtatt Lohnaufbeſſerung blaue Bohnen vorſetzen. Für Bezahlung der Ketetnhunde des Kapitals haben die Landwirte Geld genug übrig, für Bezahlung ihrer Arbeiter nicht.

Der Bildungsausſchuß veranſtaltet am Mittwoch, dem 17. Mai, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" eine wiſſenſchaftliche Filmvorführung über die Gefahren und Bekämpfung der Tuberkuloſe. Der Film wird durch den Vortrag eines Arztes erklärt. Zu den hohen Koſten haben die Krankenkaſſen Zuſchüſſe geleiſtet. Wir empfehlen allen Genoſſinnen und Genoſſen, dem Filmvortrag beizuwohnen.

Zſchortau

Aus der Partei. In der letzten Parteiverſammlung referierte Genoſſe Sachſe über „Die Einheitsfront". Sie darf nicht als Dekoration, ſondern als Kampfeswille aufgefaßt werden. Als Delegierter zum Bezirkstag nach Halle wurde Genoſſe Tretſchak gewählt. Für die Elternbeiratswahlen wurden aufgeſtellt: Für Zſchortau die Genoſſen Paul Leiſer, Franz Brade, Richard Geyer, Oswald Albrecht, Fritz Gregor, Otto Kopsda, Hermann Ende und Karl Schröder. Für Selben-Zſcheven die Genoſſen Bruno Tretſchak, Fritz Müller, Wilhelm Gradehand, Guſtav Zeidler, Richard Wagner und PaulWagner. — Alle Werkzeuge für Sowjet-Rußland ſind an die Genoſſen Otto Ulrich, Zſchortau und Tretſchak, Selben, abzugeben. Es iſt Pflicht jedes Genoſſen, nach Kräften für reichliche Sammlung zu ſorgen.

Eilenburg

Durch Exploſion tödlich verunglückt iſt am Donnerstag in der Deutſchen Celluloidfabrik ein Arbeiter. Beim Auseinandernehmen einer Zentrifuge, in der ſich noch Reſte von Nitrozelluloſe befanden, entſtand eine Exploſion, wodurch die Zentrifuge auseinandergeriſſen und der Schloſſer Albert Beyer ſo ſchwer verletzt wurde, daß er nach kurzer Zeit ſtarb.

Dommitzſch

Die Rieſenprofite der Nichtarbeiter. Die Verwaltung der Dommitzſcher Tonwerke beantragt, für 500 000 Mark neue Stammaktien und für 400 000 Mark ſechsprozentige Vorzugsaktien neu auszugeben. Der Betrag, der für die Ausgabe der Stammaktien nötig iſt (1½ Millionen Mark) wird aus dem Reingewinn zur Verfügung geſtellt. Die Aktionäre erhalten alſo neben der Dividende, welche mit 40 (15) Prozent vorgeſchlagen wird, noch für zwei alte eine neue Stammaktie. Wenn es ſo weiter geht, werden die Herren Unternehmer und Aktionäre bald verrückt werden, denn ſie wiſſen kaum mehr wohin mit dem vielen Gelde. Wenn es nur den Arbeitern auch einmal gut gehen würde!

Calbe

Zugentgleiſung. In der Nacht zum Sonnabend entgleiſte der von Bernburg kommende Güterzug auf dem Bahnhof Calbe-Weſt. Der Heizer wurde von der Lokomotive hinuntergeſchleudert, ohne ernſtlichen Schaden zu nehmen. Der Zugführer Bormann aus Bernburg geriet zwiſchen die Wagen und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Erfurt

Von einem Bullen aufgeſpießt. In einem Viehzuge, der von Halle nach Erfurt Bullen brachte, wurde der Schweizer Joſef Wechſelberger auf dem Bahnhof Erfurt mit vollſtändig zertrümmerter Schädeldecke aufgefunden. Ein Zuchtbulle hatte ſich losgeriſſen und ihn in dem geſchloſſenen Wagen auf die Hörner genommen.

Halliſche „Klaſſenkampf"-Leſer!

Die freiwilligen Spenden für den „Klaſſenkampf" werden in unſerem **Verlage**, Lerchenfeldſtraße 14, in der Zeit von morgens 7 bis nachmittags 5 Uhr entgegengenommen. Unterſtützt Eure Preſſe!

Arbeitereltern, abonniert für Eure Kinder die Arbeiter-Kinderzeitung, den „Jungen Genoſſen,

K·P·D

Kommuniſtiſche Partei Deutſchlands

Bezirksleitung für Halle-Merſeburg.

Bureau und Kaſſe: Lerchenfeldſtraße 14. Fernſprecher: 1473. Poſtſcheckkonto Leipzig 107001 Artur Sämiſch, Bezirks-Sekretär. Geſchäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geſchloſſen.

Verſammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldſtraße 14, Fernſpr. 1473. Geſchäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geſchloſſen.

Donnerstag, den 18. Mai, in allen Diſtrikten: **Diſtriktsverſammlungen.** Bericht von der Generalverſammlung.

Kommuniſtiſche Transportarbeiter. Heute, Dienstag, den 16. Mai, abends 7½ Uhr, im kleinen Zimmer der Produktiv-Genoſſenſchaft: **Sitzung.**

Peſtalozziſchule. Parteigenoſſen von Kindern der Peſtalozziſchule melden ſich zwecks Aufſtellung einer Kandidatenliſte zu den Elternbeiratswahlen möglichſt bis 20. Mai auf dem Bureau d. Ortsvereins der KPD., Lerchenfeldſtraße 14, nachm. 4—7 Uhr.

Glauchaer Knabenſchule. Mittwoch, den 17. Mai, abends 7 Uhr: **Elternverſammlung.**

Glauchaer Schule für Mädchen. Freitag, den 19. Mai, abds. 7½ Uhr: **Elternverſammlung.**

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Mittwoch, den 17. Mai, abends 7 Uhr, im Bureau: **Sitzung der Unterbezirksleitung.**

Dölau, Lettin, Schiepzig, Lieskau. Mittwoch, den 17 Mai, abends 8 Uhr, bei Dierſchke: **Diskuſſionsabend.** Daſelbſt tritt auch die **Maifeierkommiſſion** nochmals zur Erledigung ihrer Geſchäfte zuſammen.

Seeben, Sennewitz, Morl, Teicha, Gutenberg. Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“ zu Sennewitz: **Diſtriktsmitgliederverſammlung.** Tagesordnung: Vortrag über die Tätigkeit der Kommuniſten in der Gemeinde. Referent iſt anweſend.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Die Delegierten des geſamten Unterbezirks zum Bezirksparteitag treffen ſich Sonnabend, den 20. Mai, pünktlich 4 Uhr nachmittags in Halle, Reſtaurant der Produktivgenoſſenſchaft.

Bitterfeld. Mittwoch, 17. Mai, nachm. 5 Uhr, im „Fürſt Bismarck“: **Sitzung der Unterbezirksleitung mit dem Vertreter der Bezirksleitung.** — Abends ½8 Uhr, ebenda: **Mitglieder-Verſammlung.** Thema: „Die Taktik der Einheitsfront“. Ref.: Gen. Sachſe.

Zſchornewitz. Donnerstag, 18. Mai, abends ½8 Uhr, im „Koloniegaſthof“: **Oeffentliche Verſammlung.** Thema: Genua und die Forderung der Arbeiterklaſſe“. Referent: Genoſſe Sachſe.

Pieſteritz. Freitag, 19. Mai, im „Volksheim“: **Frauenabend.** Vortrag des Gen. O. Müller.

Holzweißig. Dienstag, den 16. Mai, abends 7½ Uhr, im Häßerſchen Lokale: **Oeffentliche Elternverſammlung.** Ref.: Gen Grade, Halle. Mittwoch, den 17. Mai, bei Häßer: **Funktionärſitzung.**

Bad Schmiedeberg. Mittwoch, den 17 Mai, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“: **Oeffentl. Verſammlung.** Thema: Religion und Schule Referent: Gen. Lehrer Kukuk (Halle).

Friedersdorf. Freitag, den 19. Mai, abends 7½ Uhr: **Mitgliederverſammlung.** Referent: Genoſſe Sachſe (Bitterfeld).

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Torgau. Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal „Scharfe Ecke“: **Kartellſitzung.**

Pleſſa. Dienstag, 16. Mai, abends 8 Uhr, im Reſt. „Zum Bahnhof“: **Gr. öffentl. Verſammlung.** Thema: Genua, Arbeiterweltkongreß und die Einheitsfront. Ref.: Landtagsabgeordneter Gen Knoth (Berlin).

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda. Sonnabend, 20. Mai, nachm. 4 Uhr, im Reſt. „Prod.-Genoſſenſchaft“ (Halle); **Vorbeſprechung** ſämtl. Delegierten des Unterbezirks.

Elſterwerda. Freitag, 19. Mai, abds. 8 Uhr, im Vereinshaus“: **Gr. öffentl. Verſammlung.** Thema: Genua, Arbeiterweltkongreß und die Einheitsfront. Ref.: Gen Landt.-Abg Schumann (Halle). — Nach der Verſammlung: **Sitzung** ſämtl. kommuniſt. Funktionäre des Diſtr. 8 (Elſterwerda)

Roitzſch. Freitag, 19. Mai, abds. 8 Uhr, im Gaſthof: **Oeffentl. Verſammlung.** Thema: Der deutſch-ruſſiſche Vertrag u. die Konferenz von Genua. Ref.: Gen. Holzweißig.

Unterbezirk Mansfeld.

Polleben. Mittwoch, den 17. Mai, abds. 8 Uhr, im Lokal Döllge; **Mitgliederverſammlung.** Ref.: Gen. Lademann.

Eisleben. Am Mittwoch, dem 17. Mai, abends 8 Uhr, verſammeln ſich alle Hundert- und Zehnerſchaftsführer beim Gen. Maurer, Freiſtr.

Wansleben. Freitag, den 19. Mai, abends 8 Uhr, im Hubertſchen Lokale: **Oeffentliche Verſammlung.** Thema: Kommunismus und arbeitende Bevölkerung. Ref.: Gen. Lademann.

Unterbezirk Merſeburg-Querfurt.

Lochau. Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Gaſthof zu Lochau: **Oeffentliche Verſammlung.** Thema: Genua und die Not der Arbeiterſchaft.

Unterbezirk Sangerhauſen.

Sangerhauſen. Donnerstag, 18. Mai, abends 8 Uhr, in der „Bierhalle“: **Frauenabend.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranſtaltungen vornehmen und hierzu **Druckſachen** benötigen, ſind verpflichtet, dieſe in unſerer Druckerei herſtellen zu laſſen.

Zweiter Buchhalter

für kommuniſtiſches Unternehmen **ſofort geſucht.** Parteigenoſſe bevorzugt. Offerten unter 1922 an die Geſchäftsſtelle des „Klaſſenkampf“, Halle a. d. S., Lerchenfeldſtraße 14, erbeten.

Einer!!

der Rohprodukten, welcher Art es auch ſei, verkaufen will, wendet ſich ſtets an die Firma Curt Zöhl, denn

Hunderte!!

zählen zu meinen täglichen Kunden! Meine 5 Geſchäfte ſind angewieſen, ſtets höchſte Preiſe zu machen, weil

Tauſende!!

wiſſen, daß die Firma Zöhl jedes Händler-Gebot übertrifft! Ich zahle fürs Kilo:

Kupfer . . . . . 40,00 Mk.

Rotguß . . . . 25,00 Mk.
Blei, Zink . . . 12,00 „
Alt-Eiſen . . bis 3,50 „

Zeitungen u. Bücher 4,75 Mk.
Lumpen (unſortiert) 3,00 „
Knochen . . . . 2,00 „

Curt Zöhl

① **Kl. Ulrichſtraße 26** Hof. Telephon 4995.

② **Schwetſchkeſtr. 36,** Ecke Bertramſtraße. Telephon 1356.

③ **Albrechtſtraße 24,** Hof. Telephon 4995.

④ **Fritz-Reuter-Str. 1,** Ecke Ludwig-Wucherer-Straße. Telephon 1356.

⑤ **Seydlitzſtraße 6.** Telephon 4995. 2099

Außerdem kaufe ich **Felle, Wein- und Sektflaſchen** uſw.

Geſchäftszeit v. 8—6½ Uhr.

Koſtenloſe Abholung.

Hohe Preiſe

erzielen Sie, wenn Sie

Papier, Lumpen, Alteiſen,

ſowie **Abfälle jeder Art** beim

Rohprodukten-Einkauf,

1. Kleiner Sandberg 1, Hof,
2. Thomaſiusſtraße 47, Hof,

verkaufen.

2097 **P. Weſſel.**

Koſtenloſe Abholung.

Geſchlechtskranke!

Raſche Hilfe! Doppelte Hilfe!

Jeder Geschlechtskranke verlange im ureigenst. Interesse ausführl. belehrende Broschüre über Marinestabsarzt Dr Dammanns Heilmittel gegen Harnröhrenleiden (Ausfluß frisch u. veraltet), gegen Syphilis, auch ohne Einspritzung, ohne Salvarsan, Quecksilber und sonstige Gifte, unauffällige Anwendung, keine Berufsstörung, Manneschwäche, sexuelle Neurasthenie (in jedem Alter u. bei jeder Krankheitsdauer) Weißfluß, schnelle Heilung, bequeme Anwendung. Zusendung kostenlos ohne jede Verpflichtung in verschl. Brief ohne Absender geg. 4 Mk. (auch Marken) f. Doppelbrief-Porto, d Dr. med. H. Seemann G.m.b.H. Sommerfeld 74 *(Bez. Frankfurt/O.) Lange Jahre bewährt. Tausende freiwill. Dankschreiben. Persönliche Untersuchung, Beratung u Behandlung nur in den Sprechstunden der Dr. Dammann'schen Heilanstalten: Berlin, Potsdamerstr. 123B., 9-12, 4-7. Sonnt. 10-12. Breslau, Gräbschenerstr. 41, 9-11. 3-6. Sonntags 10—12. (Mittwoch keine Sprechstunde.) München, Theresienstr. 5, 10-1, 4-6. Sonnt. 10-12. Versendg. der Broschüren erfolgt nur ab Sommerfeld.*

*321 *Leiden genau angeben!*

Fahrräder

in großer Auswahl, 382

Mäntel und Schläuche

ſowie **ſämtliche Erſatzteile.**

Tel. 2719. **Otto Häniſch,** Turmſtr. Nr. 156.

Reparaturwerkſtatt mit elektr. Betrieb.

Denkt an die freiwillige „Klaſſenkampf“-Spende!

Gold-, Silber-, Platinbruch,

Alte Zahngebiſſe, Uhren, Ketten, Ringe

kauft zu hohen Berliner Preiſen.

Bitte überzeugen!

Metall-Kontor

A. Abramowitz,

Schmeerſtraße 14, I.

— (Kein Laden). —

325

Die gute

Sternwolle

in allen Farben vorrätig *341

Partiewaren

Magdeburger Str. 25 am Walhalla.

Wiederverkäufer Extrapreiſe.

Solbad Fürſtental:

Echte 369

Schmiedeb. Moorbäder

Möbel

jeder Art

empf. in großer Auswahl

G. Schalble

Möbel-Fabrik

Große Märkerſtr. 26 am Ratskeller. 324

Grudeöfen

in allen Preislagen bei

Aug. Domke,

Halle, Laubenſtraße 9.

Fabrik für Blecharbeiten

— Reparaturen —

Beeilen Sie ſich

bevor der Dollar noch weiter ſinkt und bringen Sie Ihre **Rohprodukte** zu mir, ich zahle noch immer die **höchſten Preiſe** für:

Kupfer, Rotguß, Meſſing, Blei, Zink, Eiſen, Lumpen, Knochen und Papier, Ziegen-, Hamſter- und Kaninchen-Felle.

Händler erhalten Extra-Preiſe. 2096

Koſtenloſe Abholung. Koſtenloſe Abholung.

Telephon 6301 **R. Gottſchalk** Telephon 6301

Hauptgeſchäft: Königſtr. 17. Zweigſt.: Mansfelder Hof.

Vereine

Arbeiter-Sänger-Chor.
Jeden Dienstag u. Donnerstag, 8 Uhr, im „Volkspark“: **Singeſtunde.**

Frauen- u. Mädchenchor.
Jeden Mittwoch, abds. 8 Uhr, im „Volkspark“: **Singeſtunde.**

Giebichenſteiner Arbeiter-Liedertafel
Vereinslokal: „Lüderitzberg“, Reilſtr. Jeden Freitag, abends 8 Uhr: **Singeſtunde.**

Die Naturfreunde.
Stadtheim: Weidenplan Freitags: Zuſammenkft.

Zentralv. prol. Freidenker. (Ortsgruppe Halle).
Jeden Mittwoch nach d. 15., in der „Produktiv-Genoſſenſchaft“: Mitglieder-Verſammlung. Gäſte ſtets willkommen.

Allgem. Arbeiter-Union. (Reichsunion).
Freitag: Kaſſenſtunde im „Volkspark“.

Allgem. Arbeiter-Union. (Einheits-Organiſation Halle a. d. Saale).
Jed. Sonnabend **Kaſſenſtunden** i. „Volkspark“. Jeder muß ſich ſelbſt kaſſieren.

I. Hall. Mandolin.-Orcheſter
Uebungsſtunde: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Zeichenſaal (Charlottenſchule).

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle.
Jeden Mittwoch nach dem 1. in der „Produktiv-Genoſſenſchaft“: **Mitgliederverſammlung.** Montags u. Donnerstags jed. Woche, abds. 5—7 Uhr, im Bureau, im Gewerkſchaftshaus, Harz 42|44, 2 Treppen Zimmer 15: **Rechtsauskunft.**

Proletar. Kultur-Vereinigung, Halle.
Lokal: Lüderitz Berg. Dienstag: Kindergruppe 5 bis 7 Uhr. Dienstag: Wanderſchar im Landheim. Donnerstag: Uebungsſtunde der Bühne und Muſikabteilung. Alle Mitglieder, welche an der Pfingſttour mit teilnehmen, müſſen ſich bis ſpäteſtens Donnerstag, den 18. Mai beim Obmann anmelden.

Arb.-Samarit.-Kol. Halle
Jeden Freitag abend 8-10 Uhr, in der Martinſchule, Charlottenſtraße: **Uebungsſtunde.** Mitglieder werden noch angenommen.

Arb.-Radfahrer-Bund „Freiheit“.
Verſammlungen: **Stern:** Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat. **Vorwärts:** Freitag all. 14 Tage. **Wanderluſt:** d. 17. Mai Sonntag: **Bezirksausfahrt Holzweißig** Die Kreisleitung.

Dtſch. Arbt.-Abſtin.-Bund. Ortsgruppe Halle.
Geſchäftsſtelle: Zinksgartſtraße 15.

Arb.-Schwimmverein Halle a. d. S.,
Mitgl. d. Arb.-T.-u. Sp.-B. Donnerstag, d. 18. Mai, Stadtbad: Uebungsſtunden. 7—8 Uhr: Jugendabteilung. 8—9 Uhr: Männerabteilung. Sonntag, den 20. Mai, im „Florabad“, vormittags 9½ Uhr: **Anſchwimmen.** Vollzähliges Erſcheinen der Waſſerball-Mannſchaften wird erwartet.

Komm. Jugend.
Jugendh.: Rathausſt. 16. (Geöffnet v. ½7 Uhr an. Heute, Dienstag: Turn- und Spielabend in den Turnhallen. Zentrum: Peißnitz-Spielwieſe. Mittwoch abend 6 Uhr, im „Heim“: Zentralleitungsſitzung und Klampfenſtunde. Donnerstag: Gruppen Süden und Norden: Funktionärſitzung. Freitag: Vortrags- und Diskuſſionsabende. Sonnabend: Werbefahrt n. Wolfen. Abfahrt 6.39. Fahrpreisermäßigung. Quartiere beſorgt. Sonntag: Halbtagstour ins Blaue. Hallmarkt 2 Uhr.

Kommun. Kindergruppe.
Heim: Rathausſtr. 16. Gruppe Süd: Dienstag, 16. Mai, nachmitt. 5½ Uhr: Arbeitsgemeinſchaft. Morgen, Mittwoch, in allen Gruppen nachmittags 5 Uhr: Mitgliederverſammlung.

Sportklub 1909.
Vereinslokal: Jänicke, Steinweg 52. Uebungsſtund.: Schülerabteilg. Freitags 6 bis 8 Uhr. Jugendabteilung Freitags 8—10 Uhr, Männerabteilung Sonnabends 8-10 Uhr. Verſammlungen jed. Dienstag nach d. 1. im Mon.

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Cröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof. Geſangs-Abteilung: Mittwochs v. 8-10 Uhr Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr. Kinder-Mandolin.-Abteilung: Mittwochs von 5—7 Uhr.

Ammendorf

Arbeiter-Geſangverein.
Singeſtunden: Frauenchor Donnerstag, abds. ½9 Uhr. Männerchor: Jed. Dienstag, abds. ½8 Uhr, in Teichmanns Hotel.

Nietleben

Geſangver. Lyra
Sonnabend, d. 20. Mai, abends 8½ Uhr: **Singeſtunde** Donnerstag, d. 18. Mai, abends ¾9 Uhr. Treffpunkt Dorfplatz zum **Abendſtändchen.**

Eisleben

Deutſcher Bergarbeiter-Verband, Eisleben.
Jed. zweit. Sonntag im Monat i. „Volkshaus“: **Mitgliederverſammlung.** Zahlſtelle: Koll. Hendrich und „Volkshaus“.

Gemiſchter Chor, Eisleben.
Jeden Freitag: **Singeſtunde.**

Arbeit.-Samariter-Kolonne Eisleben.
Jeden Sonntag vorm.: Uebungsſtunde im Jugendheim.

Ztrv. prol. Freidenker, Eisleben.
Jeden 4. Sonntag im Monat i. „Volkshaus“: **Verſammlung.**

Arbeiter Turnverein „Ludwig Jahn“, Eisleben.
Dienstags und Freitags 8—10 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr: Turnſtunde. Donnerstags 8—10 Uhr: Frauenabteilung. Jeden Sonntag nach dem 15.: Monatsverſammlung.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Eisleben.
Jeden Donnerstag: Beratungsabend. Jeden 1. Montag, nach dem Monatserſten:. Mitgliederverſammlung.

Stadttheater

Mittwoch, den 17. Mai, Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr:

Zar und Zimmermann.

Kom. Oper von Lortzing.

Donnerstag: 2098

Der Oberſteiger.

Gummi

Badehauben

371 kauft man im **Gummiwaren-Fachgeſchäft**

C. Klappenbach,

Gr. Ulrichſtraße 41.

Frauenhaar

kauft **A. Richter,** *322 Glauchaer Straße 78.

Aufwartung

geſucht. Tägl. 2—3 Std. **Blieske, Beeſener Str. 21.**

Ehrenerklärung.

Die Beleidigung, die ich gegen den Turnverein Zſcherndorf ausgeſprochen habe, nehme ich als unwahr zurück.

*411 **O. Höppner.**

KPD.

Ortsgruppe Halle.

Nachruf!

Am Sonntag, dem 14. Mai, ſtarb an den Folgen eines Betriebsunfalles Gen.

Herm. Spiegel

im Alter v. 46 Jahr.

Ehre ſeinem Andenken!

Der Vorſtand.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag ½3 Uhr auf d. Gertraudenfriedhofe ſtatt.

Die Genoſſen des 15. Diſtrikts werden erſucht, ſich zahlreich zu beteiligen. [2101

Die Beerdigung meines Mannes

Hermann Spiegel

findet am Donnerstag nachm. ½3 Uhr von der Leichenhalle d. Gertraudenfriedhofes aus ſtatt. 2102

Wilhelmine Spiegel.

SARRASANI

300 Künstler

300 Tiere 2093

6000 Personen fassend

Halle ab 24. Mai

Rossplatz 7,15 Uhr

Karl Radek.

Genua.

Die Einheitsfront des Proletariates und die Kommuniſtiſche Internationale.

Zweite erweiterte Auflage.

Zu beziehen durch die

Produktiv-Genoſſenſchaft für den Bezirk Halle-Merſeburg,

e. G. m. b. H.,

Abteilung: Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldſtraße 14, und deren Filialen. F

Schulbücher, Schreibwaren, Schultafeln uſw.

empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Fellſammler

Für Zickel und Hamſter

zahlt äußerſt hohe Preiſe

Halliſche Fellhandlung G. m. b. H.

Kleiner Sandberg 14. *372

überzeugt Euch!

Bekanntmachung.

10. Nachtrag zu dem Gebührentarife zu der Begräbnisordnung der Stadt Eisleben vom 2. Oktober 1877. Beſchluß der ſtädtiſchen Körperſchaften vom 14. und 29. März 1922.

Nr. 4. An den Friedhofsverwalter für die Gruft, Klaſſe A 90 Mk., Klaſſe B 40 Mk., Klaſſe C 30 Mk. Dieſer Nachtrag tritt vom Tage ſeiner Verkündung an in Kraft.

Eisleben, den 15. und 29. März 1922.

Der Magiſtrat. Die Stadtverordnetenverſammlung.
Waltsgott, Leypold. Chriſtange, Puſtelni, Wittek.

Beſcheid. Der von den ſtädtiſchen Körperſchaften zu Eisleben unter dem 15. und 29. März 1922 beſchloſſene 10. Nachtrag zu dem Gebührentarif der Begräbnisordnung der Stadt Eisleben vom 2. Oktober 1877 wird genehmigt.

Merſeburg, den 10. Mai 1922.

Namens des Bezirksausſchuſſes.
Der Vorſitzende. I. V.: gez. Dr. Loeſener.

Veröffentlicht:

Eisleben, den 13. Mai 1922.

256 **Der Magiſtrat.**

Bekanntmachung.

Die Kurkoſten im ſtädtiſchen Krankenhauſe ſind mit Rückwirkung vom 1. Mai an wie folgt feſtgeſetzt worden: 1. Verpflegungsklaſſe für den Tag 85 Mk für Einheimiſche, 100 Mk. für Auswärtige; 2. Verpflegungsklaſſe für den Tag 70 Mk. für Einheimiſche, 75 Mk. für Auswärtige; 3. Verpflegungsklaſſe für den Tag 45 Mk. für Einheimiſche, 50 Mk. für Auswärtige.

Die übrigen Beſtimmungen des Kurkoſtentarifs bleiben unverändert beſtehen.

Eisleben, den 12. Mai 1922.

255 **Der Magiſtrat.**

Bekanntmachung.

Termine zur Verloſung der Grasnutzungen nach Taxe finden ſtatt: Donnerstag, den 18. Mai, vorm. 7 Uhr, am Stadtgraben, Rammtorſtraße, Freitag, den 19. Mai, vorm. 7 Uhr, an der Gasanſtalt. Der Sülzengraben wird nur an Helftaer Einwohner gegen Höchſtgebot verpachtet.

Eisleben, den 13. Mai 1922.

254 **Der Magiſtrat.**

Arbeitsmarkt

Maurer

bei höchſtem Lohn ſtellt ein 2094

Maurermſtr. W. Pfeiffer, Felſenſtr. 1a.

Maurer

werden eingeſtellt, für hieſige und auswärtige Bauten.

Zu melden:

Bauausführungs-Genossenschaft (Flugplatz). 2100

Heizungsmonteure

*410 durchaus ſelbſtändige, ältere, ſofort geſucht.

Sachſſe & Co., Bugenhagenſtraße 12.

Nr. 113. — 2. Jahrgang. **Beilage zum Klaſſenkampf** Halle, 16. Mai 1922

Zum Bäckerſtreik

Die kommuniſtiſche Fraktion fordert in der Stadtverordneten-Verſammlung von dem Magiſtrat die Sicherſtellung der Brotverſorgung für die arbeitende Bevölkerung — Unabhängige für eine Brotpreiserhöhung — Verhandlungen mit einer Deputation — Weiterberatung des Haushaltsplanes — Eine Demonſtrationsverſammlung vor dem Rathauſe

Der geſtern früh ausgebrochene Bäckerſtreik hat die bürgerlichen Stadtparlamentarier jäh aus ihrer Spießerruhe aufgeſchreckt. Ihre Unruhe ſteigerte ſich, als ſie hörten, daß auf dem Marktplatze eine Demonſtrationsverſammlung ſtattfand, die zu der Brotverſorgung Stellung nahm. Als ſich nun gar eine Deputation anmelden ließ, war es völlig mit ihrer Ruhe vorbei. Zunächſt gab der Vorſteher bekannt, daß die kommuniſtiſche Fraktion folgenden dringlichen Antrag eingebracht habe:

> **„Der ausgebrochene Bäckerſtreik droht zu einer großen Gefahr für die ſtädtiſche Bevölkerung zu werden. Die Stadtverordneten-Verſammlung erwartet, daß der Magiſtrat ſofort Schritte unternimmt, die Brotverſorgung ſicherzuſtellen.“**

Nachdem von dem Magiſtratsdezernenten, Stadtrat Pfautſch, der Streik der Bäckergehilfen gerügt worden war, weil nicht der Schlichtungsausſchuß angerufen worden wäre, erklärte Genoſſe Günther die Forderung der Bäckergehilfen für gerechtfertigt. Als eine Unverſchämtheit aber bezeichnete er die Verſuche der Unternehmer, die Forderung der Gehilfen auf Koſten einer Brotpreiserhöhung zu erfüllen. **Der Magiſtrat dürfe unter keinen Umſtänden die Forderungen der Unternehmer auf eine weitere Brotpreiserhöhung erfüllen.** Wenn die Unternehmer mit dem gerade vor einigen Tagen erhöhten Brotpreis nicht auskommen, dann ſollten ſie ihre Profitrate einmal in Anſpruch nehmen. **Auch ſei es nicht notwendig, daß der Magiſtrat an jedem Doppelzentner Mehl 31 Mk. verdiene,** wie jetzt feſtgeſtellt worden wäre. Bei der Brotpreiserhöhung von 6,50 auf 11,20 Mk. hätten die Bäckergeſellen keinen Vorteil gehabt. Da ſeien die Unkoſten für ein Brot weiter mit 65 Pf. berechnet worden, da ſei keine höhere Unkoſtenſumme für ſie eingeſtellt worden. Niemand habe damals an die Bäckergehilfen gedacht. Jetzt ſollen auf einmal die gewiß mäßigen Forderungen der Bäckergehilfen die Unternehmer zwingen, einen höheren Brotpreis zu fordern! Ein großer Prozentſatz der Bäckermeiſter aber beſchäftige nicht einmal Geſellen. **Nicht die Löhne ſeien ſchuld an den fortwährenden Preisſteigerungen aller Lebensbedarfsartikel, ſondern die verbrecheriſche Spekulation der Profitjäger, die aus der Not des Volkes weiter ungeheure Profite herauspreſſen wollen. Dieſem Zuſtand müſſe endlich einmal mit aller Energie entgegengetreten werden. Jetzt ſeien die Unternehmer bereits ſo raffiniert, daß ſie die Bäckergeſellen vor ihren Wagen ſpannen möchten, damit ihnen ein erhöhter Brotpreis zugeſtanden werde.** Die ſtreikenden Bäckergeſellen aber lehnen einen erhöhten Brotpreis ab, und betonen, daß ihre Forderungen mit den Forderungen der Unternehmer nichts zu tun haben. Damit ſei klar erwieſen, um was es ſich hire handle. Nachdme Genoſſe Günther noch auf die Gefahren hingewieſen hatte, die durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer hervorgerufen würden und daß die Arbeiter morgen ohne Brot auf ihre Arbeitsſtellen gehen müßten, forderte er vom Magiſtrat dringend, daß ſofort, heute noch, Abhilfe geſchaffen werden müſſe.

Eine recht traurige und klägliche Rolle gegenüber der klaren Stellungnahme der Kommuniſten ſpielten wieder einmal die Unabhängigen. Während der Demokrat Balcke den Standpunkt vertrat, daß unter keinen Umſtänden eine Brotpreiserhöhung eintreten dürfe, ſolange das Bäckereigewerbe nicht den Beweis erbracht habe, daß es mit dem heutigen Brotpreis nicht mehr zurechtkomme, **trat der Unabhängige Stadtverordnete Scholz für eine Brotpreiserhöhung ein.** Dieſe Stellungnahme überraſchte die ganze Verſammlung. **Da keiner von den anderen unabhängigen Stadtverordneten dagegen ſprach, ſcheinen die Unabhängigen in Halle eine Erhöhung des Brotpreiſes zu billigen.** Dieſe Haltung der Unabhängigen läßt ſich nicht rechtfertigen und dürfte einen Sturm der Entrüſtung bei der arbeitenden Bevölkerung auslöſen. — Hierauf wurde der kommuniſtiſche Antrag einſtimmig angenommen.

Während man dann die Beratung der Vorlagen fortſetzte, hatte ſich eine Deputation der auf dem Marktplatze angeſammelten Bevölkerung im Vorzimmer des Stadtverordneten-Sitzungsſaales eingefunden, die den Stadtverordneten die Notwendigkeit der ſofortigen Sicherſtellung der Brotverſorgung vortragen wollte. Genoſſe Günther ſtellte daher den Antrag, daß die Deputation ihre Wünſche und Forderungen im Sitzungsſaale vortragen ſolle. Der Vorſteher, Juſtizrat Keil, ſchnellte ob dieſes Antrages wie elektriſiert empor und erklärte, daß die Stadtverordneten unter keinen Umſtänden ſich von der Straße terroriſieren (!!) laſſen würden, und daß er, wenn der Antrag angenommen würde, ſofort ſein Amt als Vorſteher niederlegen werde. Seine ganz erregt ausgeſtoßenen Worte machten auf die Verſammlung nicht den geringſten Eindruck; nur Herr Minner wurde aus begreiflichen Gründen nervös und machte die vernehmliche Bemerkung, daß dann **die Stadtverordneten-Verſammlung zu einem Hundeſtall herabgewürdigt** würde. Genoſſe Knauthe ſtellte dieſer. das Bildungsniveau des Herrn Minner charakteriſierenden Bemerkungen, den rüden Tonfall der bürgerlichen Seite bei allen möglichen Gelegenheiten gegenüber. Nachdem die Bürgerlichen erklärt hatten, die Geſchäftsordnung lehne das Anhören einer Deputation im Sitzungsſaale ab, wurde von unſeren Genoſſen der Vorſchlag gemacht, die Sitzung offiziell für kurze Zeit zu vertagen, um die Deputation anzuhören, ſo daß die Stadtverordneten ſich über die Möglichkeiten einer Verſorgung der Bevölkerung mit Brot klar werden könnten. Alle Anträge und Vorſchläge wurden indes abgelehnt, nachdem auch die Rechtsſozialiſten ſich mit den Erklärungen des Vorſtehers, daß die Deputation mit den Dezernenten verhandeln könne, einverſtanden erklärt hatten.

Nach dieſer teilweiſe ſehr heftigen Auseinanderſetzung kamen zwei Vorlagen über Verkauf von ſtädtiſchem Gelände zur Beratung. Genoſſe Günther lehnte aus grundſätzlichen Erwägungen den Landverkauf ab und ſprach ſich für Abgabe in Erbbaurecht aus. Während bei dem Landverkauf an der Wittekindſtraße Rechtsſozialiſten und Unabhängige dafür ſtimmten, lehnten ſie den Landverkauf am Angerweg ab. Trotzdem wurde die Vorlage mit 28 bürgerlichen gegen 27 linke Stimmen angenommen.

Bei der Vorlage über die Verwaltungsordnung für die Volkshochſchule und Wahl in den Verwaltungsausſchuß beantragte der Deutſchnationale Kreisſchulinſpektor Buſſe, daß die Sachverſtändigen in den Verwaltungsſitzungen beſchließende Stimme haben ſollten. Gegen dieſen Antrag wandte ſich Genoſſe Günther, der betonte, daß wohl überall dort, wo Sachverſtändige zu Beratungen herangezogen würden, dieſe kein Stimmrecht hätten. Der Antrag wurde abgelehnt. In den Verwaltungsausſchuß wurden die Stadtverordneten Knauthe (KPD.), Wilke (SPD.) und Borges (Dem.) gewählt.

Ohne Ausſprache wurde die Nachbewilligung für die Kämmereirechnung für 1919 in Höhe von rund 10½ Millionen Mark genehmigt.

Nachdem der Antrag der Deutſchnationalen, über freie Lernmittel für Familien, die drei oder mehr Kinder in ſtädtiſche Schulen ſchicken, in der letzten Stadtverordneten-Verſammlung wegen der unmöglichen Form abgelehnt werden mußte, wurde er nach einer recht überflüſſigen Begründung des Kreisſchulrats Buſſe ohne Ausſprache angenommen.

Hierauf trat die Verſammlung in die

Weiterberatung des Haushaltsplanes

ein. Die Debatte wurde fortgeſetzt beim Etat der Hochbauverwaltung. Charakteriſtiſch für die bürgerliche Spar- und Abſtreichungspolitik war, daß der als angeblich arbeiterfreundlich geltende volksparteiliche Profeſſor Finger im Namen der bürgerlichen Parteien ſowohl beim Etat der Hochbauverwaltung wie auch beim Etat der Tiefbauverwaltung weſentliche Abſtriche beantragte, und zwar überall dort, wo es ſich um Arbeitsmöglichkeiten für Arbeiter handelte (Ausbeſſerung von Straßen, Neupflaſterungen uſw.), oder um ſoziale und kulturelle Einrichtungen (Streichung von 400 000 Mk. für die Fluß- und Volksbäder uſw.). Genoſſe Weber rechnete mit dieſer bürgerlichen Sparſamkeitstaktik in ſcharfer Weiſe ab und wies demgegenüber darauf hin, daß an den Zuſchüſſen für die Kirchen nichts geändert werden ſolle. Er machte die Zuſtimmung zu dem Etat der Hochbauverwaltung nur davon abhängig, daß die Zuwendungen für die Kirchen geſtrichen würden. Weiter wies er auf die unehrliche Politik der Rechtsſozialiſten hin, die im Provinziallandtage für die Zuſchüſſe an die Kirchen geſtimmt hätten. Genoſſe Illgenſtein beantragte, daß zwei Millionen Mark für die Trothaer Schule in den Etat eingeſtellt würden, da mit einer ſtärkeren Beſchulung ſchon im nächſten Jahre gerechnet werden müſſe. Da die Bürgerlichen gegen dieſen Antrag waren, rechnete er ihnen vor, daß die Frequenz an den Volksſchulen mit 60 Schülern heute ſo ſtark ſei, daß ein erzieheriſcher Unterricht unmöglich ſei, daß aber die Frequenz an den höheren Schulen bis auf 8 bis 9 Schüler heruntergehe. Der Antrag des Genoſſen Illgenſtein wurde abgelehnt; ebenfalls auch der Antrag, die Zuſchüſſe an die Kirchen zu ſtreichen, und der Antrag des volksparteilichen Finger, 750 000 Mk. überhaupt zu ſtreichen. Der Etat der Hochbauverwaltung wurde hierauf angenommen.

Beim Etat der Tiefbauverwaltung wurde von Finger beantragt, etwa 1½ Millionen Mark an Straßenausbeſſerungen, Neupflaſterungen uſw. zu ſtreichen. Genoſſe Illgenſtein führte dieſe Anträge auf das richtige Ziel zurück und bemerkte treffend, daß dieſe Sparſamkeitspolitik darauf hinauslaufe, die Exiſtenz der Arbeiterſchaft zu beſchneiden. Nachdem auch dieſer Antrag abgelehnt worden war, erklärte der volksparteiliche Rechtsanwalt Steinbrück, daß ſie nunmehr keine Abänderungsanträge zu den einzelnen Etats ſtellen würden und ſich ihre Stellungnahme zu dem Geſamtetat vorbehalten müßten. **Durch dieſe Erklärung dürfte die Annahme des Haushaltsplanes überhaupt in Frage geſtellt werden.** Dieſer bürgerliche Rechtsanwalt hat ſeine ablehnend klingende Haltung nicht etwa wegen der ſchweren Belaſtung der arbeitenden Bevölkerung abgegeben, ſondern, weil ein Teil der Stadtverordneten ihm nicht auf dem Wege folgte, die Pläne der Großkapitaliſten durchzuführen.

Ohne Ausſprache wurden dann die Etats für Badeanſtalten, Fuhrpark, Stadtentwäſſerung und Bad Wittekind angenommen.

Der Straßenreinigungsrat Balke will ſogar bei der Straßenreinigung ſparen d. h. er will noch mehr Arbeiter entlaſſen. Auch die Bedürfnisanſtalten verbrauchen nach ſeiner Meinung zuviel Waſſer. Er beantragte daher, 20 000 Mk. zu ſtreichen. Nach den Ausführungen der Genoſſen Brömme und Illgenſtein wurden aber nicht nur nicht die 20 000 Mk. geſtrichen, ſondern weitere 20 000 Mk. für den Waſſerverbrauch zur Straßenreinigung eingeſetzt.

Bei der Gartenbauverwaltung beantragte Genoſſe Illgenſtein, im nächſtjährigen Etat, für die Ruhegehaltsempfänger der geſamten ſtädtiſchen Verwaltung einen beſonderen Etat aufzuſtellen, da durch das jetzige Etatsſyſtem die einzelnen Kapitel ungünſtig belaſtet würden. Der Antrag wurde abgelehnt.

Nach Annahme dieſes letzten Etats wurden die Beratungen über den Haushaltsplan abgebrochen und der dringliche Antrag der drei Linksparteien beraten, der fordert, daß allen ſtädtiſchen Arbeitern, Angeſtellten und Beamten nach dem einſtimmig gefaßten Spruch des Schlichtunsausſchuſſes der 1. Mai voll ausgezahlt werden müſſe. Der Magiſtrat hat, wie wir mitgeteilt haben, den Spruch des Schlichtungsausſchuſſes abgelehnt. Genoſſe Günther wandte ſich gegen den Magiſtrat, der den Mehrheitsbeſchluß der Stadtverordneten-Verſammlung, den 1. Mai in den ſtädtiſchen Betrieben, Bureaus und Schulen durch Arbeitsruhe zu begehen, nicht anerkenne. Auch rügte er die Handlungsweiſe einiger Lehrer, die Kinder körperlich geſtraft hätten, weil ſie am 1. Mai nicht zur Schule erſchienen wären, trotzdem ſie von den Eltern entſchuldigt worden ſind und beantragte, daß dieſe Lehrkräfte von ihren Poſten entfernt werden. Herr Stadtſchulrat Truſchel hielt es aber nicht für nötig, auf dieſe Anſchuldigungen überhaupt zu antworten. — Der Antrag der drei Linksparteien wurde abgelehnt.

*

Die Demonſtrationsverſammlung auf dem Markt

Während im Stadtverordnetenſitzungsſaale die Brotverſorgung der Bevölkerung beraten wurde, hatten ſich auf dem Marktplatze etwa 1000 Perſonen angeſammelt, die vom Magiſtrat dringend die Sicherſtellung der Brotverſorgung verlangten. Vertreter der ſtreikenden Bäckergeſellen berichteten über die Urſachen des Streiks. Durch das Zuſammenfallen des Streiks mit der Sabotage der Unternehmer hatte es den Anſchein, als ob Geſellen und Meiſter zuſammen für einen höheren Brotpreis ſtreiken. Das iſt aber nicht der Fall. Doch verſucht nun die Bäckerinnung durch ihren Streik ſoviel als möglich auch für ſich herauszuholen. Nachdem mehrere Redner geſprochen hatten, wurden auf Vorſchlag des Genoſſen Höcker ſechs Mann, drei Bäcker und drei aus der Bevölkerung, darunter zwei Frauen, zur Verhandlung mit der Stadtverordnetenverſammlung und dem Magiſtrat geſchickt. Nach längerem Warten (inzwiſchen war von unſerem Genoſſen Günther im Stadtparlament der Antrag geſtellt worden, einen Sprecher der Kommiſſion zu den Stadtverordneten ſprechen zu laſſen) bequemte ſich der Magiſtrat dazu, zwei ſeiner Mitglieder zu Verhandlungen hinauszuſchicken. Wie der Sprecher der Kommiſſion, Genoſſe Urban, dem Magiſtrat gegenüber feſtſtellte, iſt der Magiſtrat nicht in der Lage, den Willen der Unternehmer zu brechen und die Brotverſorgung der Bevölkerung ſicherzuſtellen. Da Herr Stadtrat Pfautſch nur ein Mittel für die Aufhebung des Bäckerſtreikes weiß, Brotpreiserhöhung oder die Errichtung von Notbetrieben (Techniſche Nothilfe), ſo machte die Kommiſſion für die heute morgen um 10 Uhr ſtattfindende Magiſtratsſitzung — geſtern konnte der Magiſtrat nicht zuſammentreten, da die Mehrzahl der Herren nicht anweſend waren (??) — folgenden Vorſchlag:

> **Es darf keine Brotpreiserhöhung ſtattfinden. Da der Magiſtrat zur Verſorgung der Bevölkerung mit Brot verpflichtet iſt, hierzu ſich aber außerſtande erklärt hat, ſo wird dem Konſum-Verein die Brotverſorgung gegen einen Backlohn, der es dem Konſum-Verein ermöglicht, die Forderungen der Gehilfen zu bewilligen, übertragen. Die eventuell entſtehenden Mehrausgaben muß der Magiſtrat tragen, da er ſeinen Verpflichtungen nicht nachgekommen iſt.**

Die Kommiſſion wies gleich darauf hin, daß bei noch längerem Anhalten des Bäckerſtreikes die Bevölkerung in eine äußerſt bedrängte Lage komme. Viele Arbeiter müßten morgen ohne Brot zur Arbeit gehen. Wenn dann die Arbeiter, zur Arbeit außerſtande, von der Stadtverwaltung Brot verlangen, dann wiſſe der hochwohllöbliche Magiſtrat wahrſcheinlich kein anderes Mittel, als Einſetzen der Dölz'ſchen Reiterei.

Als Genoſſe Urban das überaus klägliche Ergebnis der Verhandlungen mitteilte, bemächtigte ſich der Verſammelten eine große Erregung. Drohend wurden die Fäuſte gegen den Magiſtrat erhoben, der die Intereſſen der Bäckermeiſter und der beſitzenden Klaſſe über die der minderbemittelten Klaſſe ſtellt.

*

Nach Redaktionsſchluß wird uns mitgeteilt, daß der Magiſtrat zu den Forderungen der Deputation folgenden Beſchluß gefaßt hat:

Der Magiſtrat hat beſchloſſen:

1. **Sofort bei den Gewerkſchaften dahingehend einzuwirken, daß ſie die Arbeitnehmer zur unverzüglichen Aufnahme der Arbeit eventuell auch gegen den Willen der Arbeitgeber auffordern. (Die Löhne wird der Schlichtungsausſchuß heute noch feſtſetzen.)**
2. **Werden die Brotfabriken zur ſofortigen Oeffnung ihrer Bäckereibetriebe aufgefordert, widrigenfalls der Arbeitsbetrieb von ſeiten des Magiſtrats in Gang gebracht werden wird.**
3. **Nach Erledigung zu 1 und 2 und unter Berückſichtigung der Entſcheidung des Schlichtungsausſchuſſes in eine erneute Prüfung des Brotpreiſes einzutreten.**

---

* **Eine ſtändige Rubrik** ſcheinen jetzt, und gerade darum, weil Herr Dölz bei der Beratung des Polizeietats über die geringen Uebergriffe ſeiner Garde triumphierte, die Mißhandlungen auf den Polizeiwachen bei uns zu werden. Heute wird uns wieder ein derartiger Fall gemeldet. Am Mittwochabend wurde ein Bäckergeſelle von einem Sipobeamten in der Freiimfelder Straße angehalten, weil er auf dem Bürgerſteig fuhr. Da der junge Mann gerade aus Schleſien gekommen war und dort böſe Erfahrungen mit dem Vorzeigen der Papiere gemacht hatte, weigerte er ſich, dem Beamten ſeine Papiere auszuliefern. Dafür kamen dann am nächſten Morgen zwei Beamte nach der Arbeitsſtelle, von wo ſie den jungen Mann nach der Wache ſchleppten, nachdem der Unfug, Handſchellen anzulegen, durch das Dazwiſchentreten des Meiſters geſcheitert war. Als die Beamten mit dem „Verbrecher“ das Wachlokal betraten, wurde der Bäckergeſelle durch mehrere Stöße und durch einen Fußtritt in das Wachlokal geſtoßen, ſo daß er am rechten Bein ſchwer blutete. Herr Dölz, wir geben Ihnen dies zur Kenntnis, damit Sie Gelegenheit haben, durchzugreifen.

* **Der Halle-Hettſtedter Fahrplan.** Nach dem neuen Fahrplan der Halle-Hettſtedter Bahn verkehren nach Station Heide ab 15. Mai folgende Züge: Ab Halle 4,45 W., 5,25, 6,50 W., 9,11 S., 1, 2, 3, 4, 5, 5,40, 6,30 7,30 9 S., 11,30. An Halle von der Heide: 5,21 W., 5,56 W., 6,35 W., 7,26 W., 8, 11, 11,36 S., 1,36, 2,50, 3,36 4,36 5,36 6,16 7,06 8,17 12,6. Von Halle nach Hettſtedt: 9, 2, 7,30. An Halle von Hettſtedt: 8,11, 2,50, 8,17.

* **Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten** findet am Donnerstag, dem 18. Mai, nachmittags 4 Uhr, ſtatt. Auf der Tagesordnung ſteht als einziger Punkt die weitere Beratung des Haushaltsplans für 1922.

* **Die Mitglieder des Deutſchen Transportarbeiterverbandes** (Gruppe Handels- und Transportgewerbe) nehmen am Mittwoch, dem 17. Mai, abends ½8 Uhr, im „Volkspark“ in einer Verſammlung Stellung zu dem Ergebnis vor dem Schlichtungsausſchuß in ihrer Lohnſtreitſache. Alle organiſierten Kollegen und Kolleginnen ſind verpflichtet, zu erſcheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

* **Bau- und Möbeltiſchler.** Eine Branchenverſammlung der Bau- und Möbeltiſchler findet am Donnerstag, dem 18. Mai, nachmittags 4 Uhr, in Wilsdorfs „Geſellſchaftshaus“ ſtatt. Bericht über die Verhandlungen in Magdeburg.

* **Betriebsräte der Gruppe 9** (Lebens- und Genußmittelinduſtrie). Freitag, den 19. Mai, abends 7½ Uhr, Verſammlung aller Betriebsräte, Arbeiter- und Angeſtelltenräte ſowie Betriebsobleute dieſer Gruppe im „Gewerkſchaftshaus“, Zimmer 1a. Wichtige Tagesordnung.

* **Jugendkartell.** Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark“. Vollverſammlung des Jugendkartells. Das Erſcheinen aller Delegierten iſt unbedingt Pflicht.

* **Arbeiterbildungsausſchuß.** Die heute abend im Stadttheater erfolgende Aufführung von Goethes „Fauſt“ beginnt bereits um 7 Uhr. — Zu der morgen (Mittwoch) abend 7½ Uhr ſtattfindenden Aufführung der Oper „Zar und Zimmerman“ ſind noch Karten zu 20 und 17 Mk. im Arbeiterſekretariat zu haben.

* **Glaucha-Knabenſchule.** Alle kommuniſtiſchen Eltern treffen ſich eine halbe Stunde vor Beginn der Elternverſammlung am Mittwoch. Es ſollen Vorſchläge zur Beſetzung des Wahlvorſtandes gemacht werden.

Ammendorf

Betriebsräte von Ammendorf und Umgegend. Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr, Vollverſammlung aller Betriebsräte, Arbeiter- und Angeſtelltenräte ſowie Betriebsobleute im Gaſthof Radewell. Wichtige Tagesordnung.

Reideburg—Büſchdorf

Achtung, jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter! Am Donnerstag, dem 18. Mai, abends 7 Uhr, findet im Gaſthof „Zur Linde“ eine öffentliche Verſammlung ſtatt, in der Genoſſe Lindenberg (Halle) über die „Verelendung der arbeitenden Jugend ſpricht.

Löbejün

Stadtverordnetenſitzung. Die bekanntgegebenen Kaſſenreviſionsberichte der Kämmereikaſſe und der Sparkaſſe wurden zur Kenntnis genommen. Hierauf wurde die vom Miniſter Severing ausgeſprochene Nichtbeſtätigung des von den KPD.- und USPD.-Vertretern als Beigeordneten gewählten Genoſſen Röber verleſen. Von unſeren Vertretern wurde heftige Kritik an dieſem reaktionären Beſtätigungsrecht geübt. Die hierauf vorgenommene Wahl eines Beigeordneten ergab die Wiederwahl des Genoſſen Röber mit acht KPD.- und zwei USPD.-Stimmen gegen acht bürgerliche, die auf den Kaufmann Adolf Müller fielen. Da die Beſchlüſſe des hieſigen Wohnungsamtes in verſchiedenen Fällen vom Wohnungsamt des Saalkreiſes durchkreuzt und eigenmächtig über Wohnungen verfügt worden ſind, haben die Wohnungsamtsmitglieder ſeit längerer Zeit ihre Tätigkeit eingeſtellt. Die vom Landrat angeordnete Neuwahl wurde von der Stadtverordnetenverſammlung einſtimmig abgelehnt; von bürgerlicher Seite mit der Begründung, die Eingriffe erſt wieder rückgängig zu machen, von unſerer Seite außerdem mit dem Verlangen, die Wohnungsämter und -kommiſſionen mit ausreichenden Machtbefugniſſen und Rechten bei der Wohnungsbeſchaffung und -beſchlagnahme auszuſtatten, etwa nach ruſſiſchem Syſtem. Wegen der in voriger Sitzung erfolgten Ablehnung des Etats wurde über den Antrag abgeſtimmt, die Steuern des vorigen Jahres auf ½ Jahr zu bewilligen. Dieſer Antrag wurde mit acht bürgerlichen und zwei USPD.-Stimmen gegen die acht KPD.-Vertreter angenommen.

Warnung!

Unterzeichnete Genoſſenſchaft mußte wiederholt feſtſtellen, daß Reiſende in Eisleben ſowie überhaupt in Mitteldeutſchland unter Benutzung unſerer Firma mit Schuhwaren bei den Betriebsräten hauſieren gehen, um ihre Schundware loszuwerden. Verſchiedene Betriebsräte ſind darauf hineingefallen. Wir haben dazu zu erklären, daß wir keine Reiſende, die mit Schuhwaren handeln, beſchäftigen, und werden derartige gewiſſenloſe Reiſende, die unſere Genoſſenſchaft zu unlauteren Zwecken mißbrauchen, zur Rechenſchaft ziehen.

Unſere Verkaufsſtelle befindet ſich in Halle a. d. S., Lerchenfeldſtraße 14 (Eingang Schützenſtraße), und kommen Schuhwaren in nur Ia Qualität zum Verkauf.

Erſte Weißenfelſer Genoſſenſchafts-Schuhfabrik, e. G. m. b. H.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Richard Schnetter, für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genoſſenſchaft für den Bezirk Halle-Merſeburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldſtraße 14, Abtlg. Verlag Klaſſenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220516-17/fragment/page=0005
DFG

Leben ★ Wiſſen ★ Kunſt

Der Liebe Pilgerfahrt

34] Roman von Upton Sinclair

Er wartete, auf einer Bank ſitzend. Endlich erſchien ein Mädchen mit einem Kinderwagen. Er betrachtete das Mädchen, ja, es war unverkennbar eine Irländerin, wie Corydon geſchrieben hatte. Dann ſchaute er das Baby an und ſchauderte erſchrocken zuſammen. Welch ein Kind! Rothaarig, mit einer Knollennaſe, gewöhnlich, mit ſtumpfen, ausdrucksloſen Zügen. Thyrſis ſtarrte das Mädchen an, es lächelte ihm zu, ſchritt weiter. Großer Gott, das alſo iſt ſein Kind! Sein Leben lang wird er mit etwas ſo Häßlichem, ſo Fremdem zuſammen ſein müſſen. Entſetzen kam ihn an, es war wie ein böſer Traum. Er vermochte ſich kaum zu rühren.

Dann aber tröſtete er ſich, dies könne nicht ſein Kind ſein. Corydon hatte doch geſchrieben, wie ſchön das Baby ſei, wie alle es liebten. Aber Mütter waren bekanntlich ihren Kindern gegenüber blind. Hat es je eine Mutter gegeben, die nicht mit ihrem Kinde zufrieden war? Und auch Väter ſind ſo. Iſt es nicht eine Art Verrat, daß er dieſem Kinde gegenüber, das beſtimmt das ſeine iſt, derart empfindet?

Er wartete noch eine Stunde, doch ließ ſich kein anderes Kind blicken. Schließlich ertrug er es nicht länger, eilte aufs nächſte Poſtamt, telegraphierte Corydon: „Hat das Baby rote Haare, war es im Park?“

Bald nach ſeiner Rückkehr in die Wohnung kam die Antwort: „Baby hat goldblonde Haare, das Kindermädchen war krank, konnte nicht kommen.“

Thyrſis brach in lautes Lachen aus, ſtreckte ſich, rief: „Was ſagt ihr dazu? Was ſagt ihr dazu?“

Lange verharrte er reglos, das Kinn in den Händen haltend. „Wird jemals ein Menſch wiſſen,“ fragte er, „was ich erdulden mußte, was mich meine Bücher gekoſtet haben?“ Er ſtellte dieſe Frage an die Nachwelt, lächelte dann grimmig, ſich Voltaires Ausſpruchs erinnernd: „Die an die Nachwelt adreſſierten Briefe erreichen ſelten ihren Beſtimmungsort.“

II

Thyrſis erhielt auf ſeinen Brief eine Antwort und begab ſich zu Fräulein Ethelynda Lewis. Sie wohnte in einer luxuriöſen Wohnung in Riverſide Drive. Ein Negermädchen führte ihn in einen großen Salon, voll von dünnbeinigen, mit bunter Seide gepolſterten Möbeln. Außerdem enthielt der Raum noch ein großes Klavier und einen Bücherſchrank.

Fräulein Lewis trat ein, bekleidet mit einem ſeidenen, rötlich ſchimmernden, äußerſt dekolletierten Morgengewand. Sie war zart gewachſen, reizend, ſchien ſoeben einem parfümierten Bad entſtiegen zu ſein. Thyrſis ſaß ganz am Rande des Seſſels, ſtarrte ſie an und fühlte ſich höchſt unbehaglich.

Sie warf ſich auf das ſeidengepolſterte Sofa und begann zu ſprechen: „Ihr Stück intereſſiert mich ſehr. Es iſt einzigartig! Und Sie ſind noch ſo jung, faſt noch ein Knabe. Ich glaube beinahe, Sie ſelbſt ſind das ‚Genie‘?“

Thyrſis murmelte unbeholfen einige Worte.

„Doch müſſen etliche Aenderungen vorgenommen werden,“ fuhr ſie fort.

„An welchen Teilen?“

„Hauptſächlich bei der Liebesgeſchichte. Gerade dabei haben Sie alle Chancen fortgeworfen.“

„Ich verſtehe Sie nicht.“

„Ihr Held benimmt ſich ſo ſeltſam. Jeder weiß, daß er in Helena verliebt iſt, und trotzdem verläßt er ſie und will ſie nicht mehr ſehen. Das wird das Publikum enttäuſchen, denn es iſt ganz unmöglich. Sie müſſen die beiden im letzten Akt heiraten laſſen.“

Thyrſis rang nach Luft.

„Sehen Sie,“ ſprach Fräulein Lewis weiter, „ich ſoll die Rolle der Helena ſpielen und der Star ſein. Es geht nicht an, daß ich zurückgewieſen werde, gleichſam in der Luft hängen bleibe. Ich brauche eine wirkſame Liebesſzene.“

„Aber,“ proteſtierte der Autor. „Sie verlangen ja, daß ich die ganze Tendenz meines Stückes umſtoße!“

„Was wollen Sie damit ſagen?“

„Ich wollte eine neue Art Liebe zeigen,“ ſtammelte er, „eine andere Art . . .“

„Aber das Publikum verſteht dieſe Art Liebe nicht.“

„Eben deshalb ſchrieb ich das Drama, Fräulein Lewis, wollte den Leuten dieſe Art Liebe verſtändlich machen.“

„So etwas kann man auf der Bühne nicht wagen. Kein Menſch würde ſich Ihr Stück anſehen.“ Sie erklärte ihm weitſchweifig, unter welchen Bedingungen ein Bühnenerfolg zu erringen ſei.

Thyrſis lauſchte verſtört, ihm war, als greife eine eiskalte Hand nach ſeinem Herzen. „Es tut mir leid, Fräulein Lewis,“ ſagte er ſchließlich, „doch kann ich Ihre Wünſche nicht erfüllen. Sie widerſprechen meinen Anſichten.“

„Wollen Sie denn nicht, daß das Drama aufgeführt werde?“

„Ich will, daß *mein* Drama aufgeführt wird. Gäbe ich Ihnen nach, ſo wäre es nicht mehr mein Drama.“

Er beharrte bei ſeiner Anſicht. Die Schauſpielerin proteſtierte, redete ihm zu, zeigte ihm, er habe hier eine Chance, wie ſie einem unbekannten Schriftſteller nur ſelten gewährt wird. Ein Theaterdirektor ſei bereit, ſein Drama in einem Broadway-Theater aufzuführen, eine beliebte Schauſpielerin wolle die Hauptrolle übernehmen. Mehr könne er nicht verlangen, das bedeute mit einem Schlag Berühmtheit und ein Vermögen. Thyrſis ſchüttelte den Kopf, er könne es nicht tun. Er fühlte ſich faſt krank vor Enttäuſchung, befand ſich aber in einer Situation, die jeden Kompromiß ausſchloß; er vermochte aus dem „Genie“ nicht eine Liebesgeſchichte zu machen. Peinliches Schweigen fiel zwiſchen die beiden; Fräulein Lewis hatte nichts mehr zu ſagen.

„Sie wollen alſo das Stück nicht?“ fragte Thyrſis verzagt.

„Ich weiß nicht,“ erwiderte ſie gereizt. „Ich muß es mir noch überlegen, werde mit dem Direktor reden. Hatte mit einer derartigen Möglichkeit nicht gerechnet.“

Thyrſis verabſchiedete ſich. Am folgenden Morgen erhielt er einen Brief von „Robertſon Jones“, in dem er aufgefordert wurde, den Theaterdirektor zu beſuchen.

III

Robertſon Jones, der gewaltige Theaterdirektor, war dick und feierlich, rotgeſichtig, energiſch — der Typus einer Dampfwalze. Es zeigte ſich ſogleich, daß er die Abſicht hatte, Thyrſis flachzuwalzen.

„Fräulein Lewis ſagte mir, Sie könnte ſich über das Drama nicht einigen.“

„Ja.“

Nun hub Herr Jones zu ſprechen an, erklärte, was er alles mit dem Drama vorhabe. Fräulein Lewis ſei der künftige Star, er geſtatte ihr, ſich ſelbſt die Rolle zu wählen, in allem ſolle ihr Wille geſchehen. Berühmte Dramatiker riſſen ſich darum, für ſie ein Stück zu ſchreiben, ſie aber habe das „Genie“ gewählt. „Ich perſönlich,“ meinte Herr Jones, „glaube nicht an Ihr Drama und würde es niemals aufführen. Ein derartiges Thema intereſſiert keinen Menſchen. Fräulein Lewis aber gefällt es; ſie hat in letzter Zeit Ibſen geleſen und verlangt ein Drama mit einer ‚Idee‘. Das ſchadet weiter nichts, ſie kann auch ſo etwas zu einem Erfolg verhelfen. Aber auch Sie müſſen Ihren Teil der Arbeit leiſten, ihr eine Rolle geben, aus der ſie etwas machen, in der ſie ihre Reize zeigen kann. Sonſt iſt das Ganze ausgeſchloſſen.“ Herr Jones verſtummte erwartungsvoll.

„Es tut mir ſehr leid,“ flüſterte Thyrſis leiſe.

„Weshalb wollen Sie eigentlich nicht nachgeben?“

Thyrſis verſuchte ſeinen Standpunkt zu erklären.

„Iſt ſchon je ein Stück von Ihnen aufgeführt worden?“ fragte der Theaterdirektor.

„Nein.“

„Haben Sie noch andere Stücke geſchrieben?“

„Nein.“

„Alſo Ihr erſter Verſuch. Glauben Sie nicht, es ſei etwas eingebildet, dieſes Drama für vollkommen zu halten?“

„Ich glaube nicht . . .“

Thyrſis hatte nur einen Wunſch: fortzulaufen. Wenn Herr Jones mit einem ſprach, ſo blickte er einem dabei feſt in die Augen, man hatte das Gefühl, es ſei Ueberhebung, ja ſogar ein Verbrechen, ihm zu widerſprechen.

Herr Jones erzählte die verlockendſten Dinge: Thyrſis würde vier, ſechs, acht Prozent Tantiemen erhalten, wöchentlich mindeſtens dreihundert Dollars verdienen. Uebernahm Ethelynda Lewis die Hauptrolle, ſo konnte man damit rechnen, daß das Drama bis Juni geſpielt werde; in der folgenden Saiſon kamen dann noch andere Städte dazu.

Fortſetzung folgt.

Daß meine Worte...

Daß meine Worte glühendes Eiſen wären —
ich würde Schwerter ſchmieden
und durch alle Länder wandern.
Den Notleidenden, den Verzagten,
den Schwachen und den Armen würde ich das Eiſen geben:
die Schwerter der Hoffnung,
die Schwerter der Liebe
und die Schwerter der Kraft.

Leopold Jakoby

Proletariat und Schundliteratur

Von Wieland Herzfelde*)

Jegliche Kunſtproduktion iſt das Spiegelbild ihres Publikums oder umgekehrt. Die Kunſt wird in verſchiedenen Strömungen, Arten und Formen auftreten, analog den ſozialen Schichtungen und Gegenſätzen der Geſellſchaft. Dieſe Spiegelung wird allerdings in Literatur, Malerei, Muſik uſw. unterſchiedlich ſein, je nachdem wie ſtark und eindeutig eine Verbindung mit den realen Exiſtenzbedingungen des Publikums beſteht. Am intenſivſten ſcheint ſie bei der literariſchen Kunſtgattung. Der Wert der geſamten Kunſterzeugung einer Epoche wird beſtimmt durch das (vorhandene oder fehlende) Verhältnis zwiſchen dem weſentlichen Beſtandteil der Geſellſchaft, dem Proletariat, und den Schöpfern ihrer Kunſtprodukte.

Dies Verhältnis iſt davon abhängig, wie weit die Arbeiter ſich mit künſtleriſchen Erzeugniſſen befaſſen oder die Künſtler ſich mit der Welt des Arbeiters. Wenn man heute von ſolchen Beziehungen, ſolcher „Volkskunſt“ überhaupt ſprechen kann, ſo nur in bezug auf die von Kunſtverſtändigen als minderwertige Mache bezeichneten Werke, vor allem aber auf den vielerlei „Schund und Schmutz“, der in Kolportagehandlungen, Torfahrten, kleinen Schreibwarengeſchäften, Ramſchläden uſw. vertrieben wird. Ich meine die vielen Erſcheinungen in Lieferungen mit buntem Bildumſchlag, die Poſtkartenſerien, die Abenteurer-, Detektiv-, Kriminal- und Sittenromane, die Engelhorn-, Kronen- und Ullſteinbücher, kurz alles, was dem Kulturkenner verpönt iſt. Dieſe Erzeugniſſe ſind ganz und gar auf breite Volksſchichten eingeſtellt. Verſuche, ſie mit „guter Literatur“ in ähnlicher Aufmachung (z. B. „Weltliteratur“, der „Kleine Roman“, „Inſelbücherei“), durch „Künſtlerpoſtkarten“ zu unterdrücken, ſind vergebens. Uebrigens könnten ſich unſere Künſtler von Namen an dieſen minderwertigen Erzeugniſſen in mancherlei Hinſicht bilden. Sie könnten erſehen, mit wie einfachen Mitteln ſich das Intereſſe, die Aufmerkſamkeit einfacher Menſchen erwerben läßt, wie ſinnlos es iſt, dieſen Menſchen die Welt von vornherein anders, komplizierter, problematiſcher, individueller darzuſtellen, als ſie ſie ſeit Generationen wahrzunehmen gewohnt ſind. Die Schund- und Konjunktur-Schreiber verfügen, gerade weil es ihnen meiſt auf nichts anderes ankommt als gekauft zu werden, über eine erſtaunliche pſychologiſche Anpaſſungs- und Einfühlungsfähigkeit und ihre ſubjektiven Weltprobleme aus dem Spiele zu laſſen. Das iſt reinſte Fabrikarbeit, vielleicht darum gegenwärtig die einzige Kunſt für Maſſen. Dennoch iſt dieſe Produktion unproletariſch, ja auch ausgeſprochen proletarierfeindlich. Sie verklärt die Welt des Glanzes und des Reichtums, ſie ſpricht zum Leſer als Einzelnen ſtatt als Glied ſeiner Klaſſe. Mit all den Schilderungen aus dem Leben der Grafen und Millionäre, der Abenteurer, Kokotten, durchgebrannten Bürgertöchter, der Verbrecher, Reiſenden und Erfinder, kurz der machtlüſternen, exzentriſchen, ſozial entwurzelten Typen, die leben, ohne zu produzieren — und daher Zeit zum „intereſſanten Leben“ haben — mit dieſen Schilderungen wird der Leſer abgelenkt von ſeiner Welt, werden ſeine Lebensenergien der Wirklichkeit entzogen und an fadenſcheinige Illuſionen vergeudet. Häufig ſpielt zwar irgendein armer Teufel mit oder ein bildſchönes Mädchen (natürlich ohne Geld und Wohnung), aber immer und ausſchließlich als Sologeſchöpf gegenüber der begehrten Sphäre der Ausbeuter, in der man dann auf irgendeine romantiſche Art Eingang findet, oder aber daran zugrunde geht. Das iſt dann Tragik — ein unerſchöpfliches Thema für ſentimentale Darſtellungen. Es gibt da natürlich tauſend Variationen, allen gemeinſam iſt jedoch die Tendenz: zu ſpekulieren auf die Armut der Leſer an Geld, Zeit und Macht.

Dieſe inoffizielle Volkskunſt lebt vom Bedürfnis der Arbeitenden nach des Lebens Buntheit und Mannigfaltigkeit. Solange dies Bedürfnis real unbefriedigt bleibt, wird dieſe „Schundliteratur“ unausrottbar ſein, ſolange wird es auch jene ſozial haltloſen Schichten geben, die, aus dem Proletariat kommend, von der Arbeit der „Dummen“ leben durch kleine Schiebungen, Diebſtahl, Spiel, Wetten, Spekulationen, Vermittlungen u. ſ. f. Für dieſe Schichten ebenſo wie für die „kleinen Mädchen“, die nach Ladenſchluß das Glück ſuchen gehen, iſt die genannte Kunſt die tatſächliche ideologiſche Baſis.

Ein unſcheinbares, doch ſehr beachtenswertes Daſein, führt jene Literatur (und die ihr entſprechenden Kunſtprodukte), die kein Wäſſerchen trübt, die in den Sonntagszeitungen, in Krankenhäuſern, in den ſozialen Fürſorgeorganiſationen, in den pietiſtiſch-frommen Familien aller Klaſſen, vor allem in der Provinz und auf dem Lande verbreitet iſt. Auch ſie knüpft an beim Erlebensdrang des Leſers — aber von vornherein mit der Tendenz, dieſen Drang zu verneinen, aufzuweiſen die Sündhaftigkeit der lärmenden Welt, die Vergänglichkeiten aller Begierden und Berauſchtheiten. Es iſt ſozuſagen die Kunſt des moraliſchen Katzenjammers, der Abkehr von der großen Welt. Irgendein Himmel dient da ſozuſagen als erlöſendes Prinzip, ein Gärtchen, ein Weibchen, ein ſtilles blaues Bächlein. Oder Wolkenpaläſte, vergilbte Briefe, ſchlichtweißes Haar. Solche Erzeugniſſe ſind vor allem auf Frauen, Kinder und ſchwache Intelligenzen wirkſam; ſie werden meiſt von Paſtoren, älteren Jungfrauen und ähnlich impotenten Figuren hergeſtellt. Es gibt auch Klaſſiker dieſes Schlages. So ſind z. B. Geibel, Schwindt, Voß beliebte und hehre Vorbilder. Die urſprüngliche Baſis der darin zum Ausdruck gelangenden Ideologie iſt die chriſtliche Kirche. Daß dieſe ſtark an Macht eingebüßt hat, verhindert indeſſen nicht, daß ihre pſychologiſchen Einflüſſe auf breite Schichten heute noch intenſiv nachwirken.

---

*) Aus der im Malik-Verlag erſchienenen, ſehr leſenswerten Broſchüre: **„Geſellſchaft, Künſtler und Kommunismus“**. Preis nur 2 Mk. Bezug durch unſere Bezirksbuchhandlung und deren Filialen.

Heilig iſt das Eigentum

Von Ketty Guttmann

Seltſame Dinge ſind es oft, an denen man ſich wieder zum Leben hinüberreitet.

Vor Jahren einmal ſteckte ich wieder in einem jener Dorngeſtrüppe des Lebens, das bei der geringſten Bewegung tiefe Wunden reißt. Ich ſaß an einem hellen Junitag im Vorgarten einer Gaſtwirtſchaft und war jedenfalls eine der ſonderbarſten Kellnerinnen der Welt. Von allen Seiten waren die Schreckniſſe des Daſeins auf mich eingedrungen, und das Entſetzen hatte mich an der Gurgel gepackt. So lag ich im Krampf vor dem finſteren Tor. Urſachen? — Die Urſachen ſind bei der Verzweiflung immer das Unweſentlichſte.

Ueber mir blühte eine Linde. Ein ärmlicher Baum; der letzte Ueberreſt von grünen Herrlichkeiten eines Dorfes. Dieſem Dorfe war die Großſtadt auf den Leib gerückt mit toten ſteinernen Kolonnen ragender Häuſer, mit ſtinkenden Aſphaltkeſſeln und allem Staub und Elend der Fabriken.

Selbſtvergeſſen lag ich in dem Brunnen meiner Hoffnungsloſigkeit, um mich tiefe Finſternis. Da fiel plötzlich ein Tierlein, nicht größer als ein Stecknadelkopf, auf meine weiße Schürze, mitten in einen wabernden Sonnenfleck. Das war ein Geſchöpfchen mit ſtahlblauen Aederchen und weißen Pünktchen im durch und durch ſtrahlenden Leib. Zwei Wunderwerke von Flügelchen waren auf ihm feſtgemacht, aus Zarteſtem gewoben, das keinen Namen hat und geſtützt von fein-feinem zuckendem Nervenwerk. Dieſen mühſamen Staat trug das Tierlein ſäuberlich gefaltet und konnte ſich nur von Höhen und Berglein mit ihm abſchweben laſſen. So kroch das hochzeitliche Staatskerlchen durch die Prärie meiner blendenden Schürze. Der Dowlas meiner Schürze war wirklich eine furchtbare Ebene. Aufwärts ſtanden haarſcharfe Stacheln, nirgends konnte ein hauchdünnes Beinchen feſt aufgeſetzt werden; überall drohten die Palliſaden der Leinenfäden, den waſſertropfenfeinen grünen Leib aufzuſchlitzen. Und nirgends, nirgends eine Rettung abzuſehen! — Da ging mir in einem glücklichen Lachen die Relativität allen Leidens auf.

Ein anderes Mal ſchleppte ich mich durch die Mühlenſtraße in Berlin. Das Elend dieſes troſtloſen Oſtens nimmt einem faſt den Atem, beſonders wenn man mitten darin ſteckt. Da ſah ich in einem Fenſter eine Kaktuspflanze ſtehen mit — o Wunder — einer erſchloſſenen Blüte! Rot leuchtend, wie ein dürſtender Mund, mit einem Goldfluß gelbſamtener Staubfäden am Grunde: heiß und lachend ſtand die fremde Blüte, nichts hatte ihre Schönheit betaſtet; ſie blühte ſo hoffnungslos und ſo vornehm naiv. Und die Wüſte ſtand plötzlich in flammerndem Sonnenlicht vor mir und die unerhörten weiten Wunder, die es in der Welt gibt. O nein — das Leben iſt keine troſtloſe Enge, iſt nicht die Mühlenſtraße!

So ſtand im letzten Jahr etwas Feines und Großes in meinem Leben, von dem ich gar nicht wußte, was es war.

Morgens weckte mich, wie ſo viele andere, die Peitſche der Tagesfron. Hals über Kopf ſtürmt das jeden Tag auf einen ein und macht ſich ſo aufdringlich breit, als gäbe es gar nichts weiter, als Sorgen um den nichtigſten Blödſinn. Da ſtand an meinem Wege aber immer etwas, das mich heiter und unabhängig machte: etwas Freies und Ungekränktes, groß und voll ruhiger Kraft. O, es gibt nicht viele ſolcher Dinge in der Welt.

Nun weiß ich deutlich, was es war und wie es war. Ein Baum war es. Ein Jahrhundert alter Lindenbaum. Langſam und voll Sonnenhunger, hatte er ſich geſtreckt und war ein königliches Weſen geworden in ſeinem reinen kraftvollen Sinn. Im Frühling blühte er, daß alle jungen Herzen vor Beklemmung ſtillſtanden. Wieviel Süßes und Jubelndes mag er erweckt haben bei all den jungen Dienſtmägdlein und den Hausburſchen, denen er auch am Wege ſtand. Kinder faßten ihn um wie einen Bruder und haſchten ſich um ihn herum. Honig tröpfelte er, daß die Pflaſterſteine in weitem Umkreis dunkler gefärbt erſchienen. Allezeit ſtreckte er ſeine Rieſenarme zum Himmel, ohne Wiſſen von Haſt und Qual. Und heute früh war er gefällt. Er gehörte irgendeinem. Was brauchte der zu fragen, ob er einen Frevel beging an etwas, das Jahrzehnte braucht zum Wachſen, das in der kleinlichen Nervoſität unſerer Tage gar nicht mehr groß wird. Wer läßt denn einen Baum noch ungeſtört wachſen? Wenn das Holz genug einzubringen verſpricht, iſt es zum Schlagen reif und fingerdünnes Geſtrüpp tritt an die Stelle der Bäume des Waldes. Der alte königliche Baum ſollte weg, weil der Wert des Bodens nun genug geſtiegen war. Jetzt errichtete man an Stelle der Hütte in ſeinem Schatten eine Mietskaſerne.

Ach, es iſt gar nicht daran zu denken, daß man Achtung vor ihm haben ſollte.

Er genierte.

Die Straßenbahn machte ohnehin ſchon einen kleinen Bogen um ihn herum, und das Trottoir war durch ihn beengt.

Aber alle erwieſen ihm gern dieſe Reverenz; ſie wichen gern dem prachtvollen Rieſen aus, der Bienengeſumm und Vogellärm und Wolken von Duft brachte in die ſteinernen toten Maſſen. Im Menſchenweſen reckte ſich ja auch ſo etwas nach der Sonne, ſo ein unſtillbarer Hunger nach der Süßigkeit der Natur, ſolch ein Anbeten des unberührt Großen. Wie vielen mag er, wie mir, an der ſtaubigen Straße ihres armen Daſeins geſtanden haben, Schatten und Duft ſpendend ihren mühſeligen Tagen.

Das, was ſtärkt, was uns dem Leben zurückgibt, muß nichts zu tun haben mit menſchlichen Quälereien. Solch ein freigewachſener Baum iſt ein Schatz, ein Heilmittel. Mühſam und beladen zieht man an ihm vorbei und ohne die Augen zu erheben, weiß man, daß er da iſt — ein Urechter und Großer, ein kraftvolles Zeichen, daß es noch viel mehr gibt als tägliche menſchliche Bedrängnis. So arm iſt die Großſtadt an ſolchen Zeichen. Tauſenden, die nie das Haupt erheben dürfen, die ſich mit allen Kräften wehren müſſen, um nicht langſam zu verſinken in Sorge und grauer Troſtloſigkeit.

Wer aber hat einem Beſitzer dreinzureden, wenn er einen Baum fällen laſſen will?

Kammermuſikabend der Freien Volksbühne Halle

Ausführende waren: das Halliſche Streichquartett mit den tüchtigen Künſtlern Joh. Verſteeg und A. Bohnhardt und die Madrigal-Vereinigung unter Leitung von Hans Kleemann. Madrigal iſt eine von den provençaliſchen Troubadours herrührende Liedform, meiſtens ſieben bis dreizehn Elfſilbler, die aus Naturbildern lehrhafte und ſatiriſche Inhalte ableiten. Es wurde eine gut ausgeleſene Reihe von Madrigalen (von Orazio Vecchi, H. L. Haßler, H. Waelrant und Orlando di Laſſo) vorgetragen.

Außer den Madrigalen wurde geboten: Haydn, Streichquartett D-Dur; Mozart, Streichquartett C-Dur, ſowie Lieder des 17. Jahrhunderts und romantiſche Geſänge. Die Halliſchen muſikaliſchen Darbietungen bringen jetzt faſt immer Romantiker (Schubert, Schumann, Mendelsſohn). Hat man denn unſere neuen Komponiſten (Wolf, Mahler, Pfitzner) ganz vergeſſen?

K. W.